



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 6 • 2017
38. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

wie in den meisten Industriestaaten lassen sich auch in Deutschland zwei stabile demografische Entwicklungen beobachten, die als „demografischer Wandel“ bezeichnet werden: ein schon seit mehreren Jahrzehnten anhaltendes niedriges Geburtenniveau sowie ein stetiger Anstieg der Lebenserwartung. Damit wird der Altersaufbau auf lange Sicht von Menschen in höheren Altersstufen geprägt sein. War im Jahr 2013 jeder fünfte Einwohner in Deutschland 65 Jahre oder älter, so könnte es nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2060 bereits jeder Dritte sein. Dieser demografische Alterungsprozess wird im kommenden Jahrzehnt eine besondere Dynamik entfalten: So werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre nach und nach vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln. Die zahlenmäßig schwächer besetzten Folgejahrgänge können diese Lücke auf den Arbeitsmärkten nur sehr bedingt auffüllen. Damit entsteht eine demografische Situation, in der sich innerhalb eines kurzen Zeitraums das zahlenmäßige Verhältnis von Personen im Ruhestand und Erwerbstätigen deutlich verändert. Dieser aktuell nicht mehr zu stoppende Prozess wird die öffentlichen Alterssicherungssysteme vor große fiskalische Herausforderungen stellen. Als mögliche Lösung zur Entschärfung dieser Problematik wird seit geraumer Zeit über eine höhere und längere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen diskutiert und versucht, den Begriff „Aktives Altern“ mit konkreten Inhalten zu füllen. Von großer Bedeutung ist dabei die Frage, was Menschen mit einer Erwerbsabsicht daran hindert, diese dann im Ruhestand umzusetzen. Dieser Frage sind Frank Micheel, Volker Cihlar und Sabine Riedl in ihrem Beitrag nachgegangen.

Dr. Evelyn Grünheid,
Forschungsdirektorin im BiB

„Der Geist ist willig, aber ...“ – Was Menschen daran hindert, im Ruhestand zu arbeiten

Die Bereitschaft vieler Älterer, im Ruhestand zu arbeiten, ist in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen, wie zuletzt auch die TOP-Studie des BiB bestätigt hat. Auch die amtlichen Daten zur tatsächlichen Erwerbsbeteiligung im Ruhestandsalter belegen einen gewachsenen Anteil Erwerbstätiger im Alter zwischen 65 und 74 Jahren im Zeitverlauf. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Interesse an einer Beschäftigung im Ruhestandsalter sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite höher ist als die tatsächlich realisierte Beschäftigung. Worin liegen die Ursachen für diese offensichtliche Diskrepanz zwischen potenziellem und tatsächlichem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage? Dieser Frage geht der Beitrag auf Basis zweier Befragungswellen der BiB-Studie „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ nach. So wurden die Personen im Ruhestand, die in der ersten Welle ein grundsätzliches Interesse für eine Beschäftigung nach dem Erwerbsleben hatten, dies aber in der zweiten Befragung nicht realisierten, nach den Gründen für ihr Verhalten gefragt. Die Auswertungen ergeben ein vielschichtiges Bild, bei dem sich auch Merkmale wie Bildung, Gesundheitszustand und Geschlecht als Einflussfaktoren bemerkbar machen. ➔ Seite 2



Kaum Veränderungen bei der Geschlechtergleichheit – 10. Informationsveranstaltung des BiB in Berlin

Hat es bei der Gleichheit der Geschlechter Fortschritte gegeben oder sind traditionelle Muster noch immer gültig – auch in der Elternrolle? Welche Wiedereinstiegsmuster von Müttern in den Beruf lassen sich identifizieren? Warum gibt es eine Kluft zwischen der Bereitschaft Älterer, im Ruhestand erwerbstätig zu werden und ihrer tatsächlichen



Realisierung? Und welche Schwierigkeiten gibt es bei der Erfassung der globalen Migrationsströme? Antworten auf all diese Fragen gaben BiB-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler bei der mittlerweile 10. Informationsveranstaltung zum demografischen Wandel für Beschäftigte von Ministerien und Behörden in Berlin. ➔ Seite 10

Volles Haus: Das Interesse an den vorgestellten Themen aus der Arbeit des BiB war groß, wie auch die engagierten Diskussionen zeigten. (Bilder: BiB)



Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, stellte die Frage nach Stabilität und Wandel des Geschlechterverhältnisses.



Frank Micheel; Volker Cihlar; Sabine Riedl (alle BiB)

„Der Geist ist willig, aber ...“ – Was Menschen daran hindert, im Ruhestand zu arbeiten

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der daraus entstehenden ökonomischen Herausforderungen wird im vorliegenden Beitrag eine aktuelle Rentenreform näher betrachtet, die sogenannte „Flexi-Rente“. Sie greift das Thema „Erwerbsarbeit über die Regelaltersgrenze hinaus“ auf und basiert im Gegensatz zu den früheren, restriktiven gesetzlichen Änderungen in der Alterssicherung (wie u. a. Schließung von Frühverrentungspfaden, Anhebung der gesetzlichen Rentenaltersgrenze oder Einführung finanzieller Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt, z. B. Buchholz/Rinklake/Blossfeld 2013) auf einem Konzept zur Gestaltung des demografischen Wandels, welches vielmehr darauf abzielt, die Potenziale im Alter positiv darzustellen und den individuellen Handlungsspielraum dahingehend zu verändern: Aktives Altern.

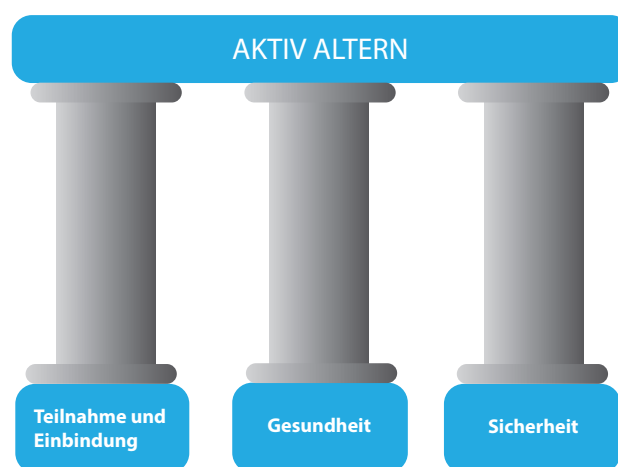
Aktives Altern und Erwerbstätigkeit jenseits der Ruhestandsgrenze

Das Konzept des aktiven Alterns wurde in den 1990er Jahren entwickelt und beruht schwerpunktmäßig auf der Verbindung zwischen Aktivität und Gesundheit (WHO 1994; 2002; Foster/Walker 2015). Der Ursprung liegt in der Annahme, dass Aktivität die Voraussetzung für ein erfolgreiches Altern darstellt.¹ In neuerer Zeit wird dieses Konzept vermehrt im ökonomischen Kontext verwendet, indem insbesondere die Bedeutung einer verlängerten Lebensarbeitszeit für die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels herausgestellt wird (OECD 1998; 2006). Die Kritik an diesem Ansatz erstreckt sich insbesondere darauf, dass dadurch eine zu sehr ökonomisch getriebene Sichtweise vorherrscht, die auch daher rührt, dass es keine allgemein gültige Definition für das aktive Altern gibt. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit greift dabei den vornehmlich kollektivistischen Nutzen („gut für die Gesellschaft“) des aktiven Alterns auf. Gerontologisch gesehen ist aktives Altern jedoch viel mehr als das und stützt sich dabei auf Befunde zum erfolgreichen Altern, wobei das Individuum ins Zentrum ge-

stellt wird (Walker/Maltby 2012). Diese individualistische Sichtweise nimmt die Vorteile einer aktiven Lebensweise im Alter in den Blick („gut für den Einzelnen“), die körperliche, geistige und soziale Aktivitäten gleichermaßen einbezieht. So sollen körperlich anstrengende Aktivitäten, kognitiv herausfordernde Tätigkeiten und das Soziale in gleicher Weise betrieben werden, um ein gesundes durch ein aktives Altern zu ermöglichen (Rott/Cihlar 2010; Kempermann 2008; Fratiglioni/Paillard-Borg/Winblad 2004). Dies spiegelt sich in den Säulen des politischen Rahmens für aktives Altern wider und wird dort noch um die Dimension der finanziellen Sicherheit erweitert (vgl. Abb. 1).

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann alle diese Komponenten erfüllen, indem sie körperliche, geistige sowie soziale Betätigungsfelder ermöglicht und dadurch die Chance zu einer persönlichen Weiterentwicklung bietet. Darüber hinaus kann sie für eine finanzielle Absicherung sorgen. Dies bedeutet, dass die Förderung des längeren Arbeitens, wenn sie auf den Menschen zugeschnitten ist und ihm Möglichkeiten bietet, aber ihn *keinesfalls zwingt*, eine praktikable Form des aktiven Alterns darstellen kann. Politische Rahmenbedingungen für die Förderung und Ausgestaltung einer verlängerten Lebensarbeitszeit spielen eine große Rolle, wenn es darum geht, den Spagat zu schaffen zwischen selbstbe-

Abb. 1: Die drei Säulen eines politischen Rahmens für aktives Altern im Sinne der Weltgesundheitsorganisation



© Grafik: BiB 2017

Quelle: In Anlehnung an WHO 2002: 45.

¹ Unter erfolgreichem Altern soll hier die Adaption an biologische, psychologische und soziale Veränderungen im Alter verstanden werden (Baltes/Baltes 1990).



stimmter Erwerbsbeteiligung nach dem Ruhestand und der Nutzung der Erwerbspotenziale der älteren Bevölkerung für die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels. Die auf Solidarität und Subsidiarität aufgebaute Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass sich diejenigen, die sich einbringen möchten, einbringen können, so dass diejenigen, die Unterstützung benötigen, diese dort erfahren können, wo sie sie benötigen. Gleichzeitig besteht neben dieser Mitverantwortung für die Gesellschaft auch eine Selbstverantwortung. Selbstverantwortlich handelt, wer unter den gegebenen Umständen nach den eigenen Werten, Normen und Bedürfnissen sein Handeln gestaltet (Kruse 2005). Der Verlust der Selbstverantwortung, bzw. der Möglichkeit dieser gerecht zu werden, kann dazu führen, dass das aktive Altern von außen gesteuert wird und damit dem ursprünglichen Grundgedanken dieses Konzepts widerspricht. Diese Schnittstelle zwischen Mitverantwortung für die Gesellschaft und Selbstverantwortung jedes einzelnen muss mit Fingerspitzengefühl gestaltet werden, so dass Wünsche und Lebenspläne respektiert und Bedürfnislagen berücksichtigt werden. Politische Rahmenbedingungen müssen deshalb an diese Konstellation angepasst und aktualisiert werden.

Mit der Einführung des Flexi-Rentengesetzes (Bundesgesetzblatt Teil I, S. 2838 vom 8.12.2016), das im Jahr 2017 in Kraft getreten ist, hat im Diskurs über die Alterssicherungspolitik in Deutschland eine weitere Verschiebung zum längeren Verbleib im Erwerbsleben stattgefunden. Die beiden Ziele „längere Erwerbstätigkeit bis zur Regelaltersgrenze“ und „Erwerbsarbeit über die Regelaltersgrenze hinaus“ implizieren, dass der Begriff „flexibel“ ein Hinausschieben vom Ende des Erwerbslebens benennt (Urban/Ehlscheid/Neumann 2016). Dieses Gesetz sieht u. a. vor, die bisherige Teilrentenregelung zu vereinfachen um weitere Anreize zum längeren Verbleib im Erwerbsleben, ggf. über die reguläre Altersgrenze hinaus, zu geben. Im Gegensatz zu den früheren Rentenreformen setzt der Gesetzgeber mit dieser Regelung eine ausdrückliche Bereitschaft und sehr aktive Beteiligung („commitment“) in der Bevölkerung voraus, im Ruhestand einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Im Gesetzentwurf wird gleich am Anfang eine entsprechende Prämisse konstatiert: „Mehr und mehr ältere Menschen in Deutschland können und wollen länger arbeiten“ (Deutscher Bundestag 2016: 1).

Arbeiten jenseits der Regelaltersgrenze: Was spricht dafür, was dagegen?

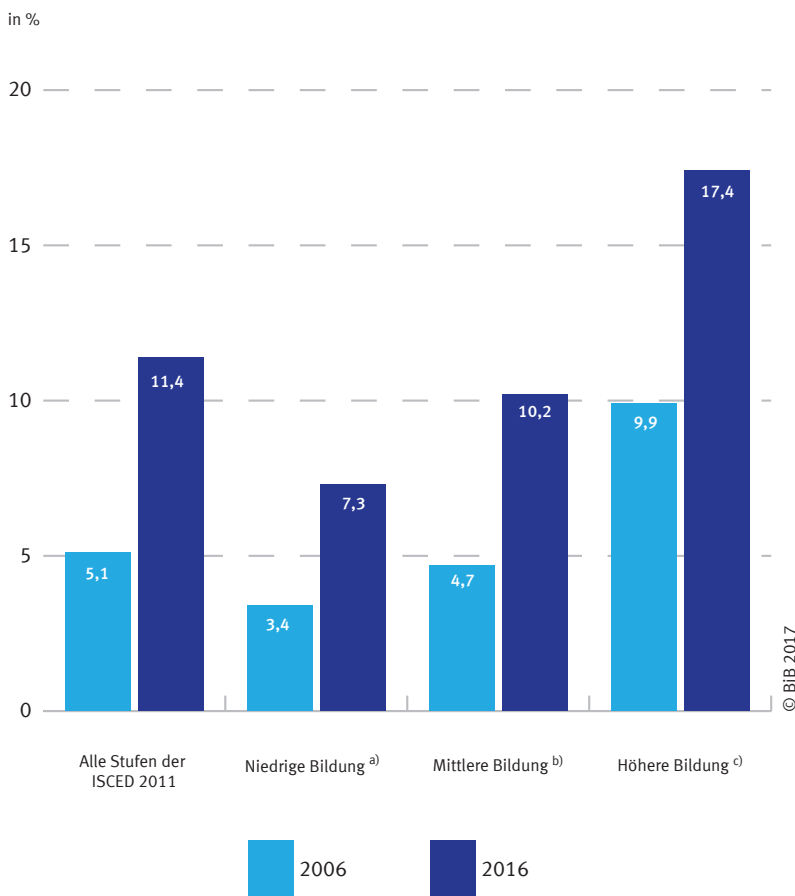
Was ist zu dieser Thematik bereits bekannt? Aus Forschungsarbeiten des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist bekannt, dass die Bereitschaft im Ruhestand zu arbeiten, nicht unerheblich ist. Ungefähr die Hälfte von 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen zeigte durchaus eine Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung im Rentenalter (Dorbritz/Micheel 2010). Des Weiteren besteht auch auf Seiten der Arbeitgeber ein deutliches Interesse daran, rentenberechtigte Beschäftigte in den Betrieben zu halten (Czepek et al. 2017). Insofern sind die Voraussetzungen für eine Beschäftigung jenseits der gesetzlichen Altersgrenze als recht günstig zu bewerten.

Die Motive für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit über das Renteneintrittsalter hinaus lassen sich in finanzielle und nicht-finanzielle Kategorien zusammenfassen. Empirische Untersuchungen für die Situation in Deutschland legen nahe, dass es in der Regel nicht *den einen* Grund dafür gibt, sondern mehrere gleichzeitig wirken, unter denen einer das stärkste Gewicht innehat. Häufig genannte Gründe sind „fit bleiben“, „soziale Kontakte“, „Spaß an der Arbeit“, aber auch „Geld verdienen“ (Cihlar/Mergenthaler/Micheel 2014; Hagemann/Hokema/Scherger 2017; Sackreuther et al. 2017). Es ist also durchaus möglich, dass jemand auf das zusätzliche Einkommen durch die Tätigkeit im Ruhestand angewiesen ist, aber auch gleichzeitig Spaß an der Arbeit hat. Die finanziellen und nicht-finanziellen Aspekte müssen sich nicht gegenseitig ausschließen.

Amtliche Daten zur *tatsächlichen* Erwerbsbeteiligung im Ruhestandsalter zeigen, dass der Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren im Zeitverlauf größer geworden ist. Nach Angaben von Eurostat ist die Erwerbstätigenquote der 65- bis 74-Jährigen zwischen den Jahren 2006 und 2016 von 5 % auf 11 % gestiegen. Darüber hinaus zeigt sich, dass Personen mit einem hohen Bildungsabschluss häufiger arbeiten als Personen mit einem niedrigen Abschluss (17 % bei hohen gegenüber 7 % bei niedrigen Abschlüssen für das Jahr 2016, vgl. Abb. 2). Auch wenn die genannten Zahlen zu Arbeitsangebot und -nachfrage aus methodischen Gründen nicht direkt in Beziehung zu den Befunden hinsichtlich des Interesse zur Erwerbsarbeit im Ruhestandsalter gebracht werden können, so zeigen sie doch im Grundsatz an, dass das Interesse an einer Beschäftigung im Ru-



Abb. 2: Erwerbstätigenquoten der 65- bis 74-Jährigen in Deutschland nach Bildungsabschluss, 2006 und 2016, in Prozent



- a) Unterhalb des Primärbereichs, Primärbereich und Sekundärbereich I (Stufen 0-2)
- b) Sekundärbereich II und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich (Stufen 3 und 4)
- c) Tertiärbereich (Stufen 5-8)

hestandsalter sowohl auf Angebots- als auch auf Nachfrage Seite höher ist als die tatsächliche Beschäftigung im Rentenalter. Welche Gründe können diese Diskrepanz zwischen potentiell und tatsächlichem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erklären? Gerade die Gründe, warum etwas *nicht* zustande kommt, können am Beispiel der Erwerbsarbeit im Ruhestand für eine Politikberatung viel hilfreicher sein als nach den Ursachen zu forschen, warum es zu einer Beschäftigung im Rentenalter kommt. Denn die o. a. Gründe, die für eine Beschäftigung sprechen, sind eher von persönlicher Natur und liegen somit außerhalb des politischen Wirkungsbereichs.

Da es sich bei der Erwerbsarbeit im Ruhestand aus *formaler Perspektive* um eine freiwillige Tätigkeit han-

delt,² kann bezüglich der Hinderungsgründe auf die Literatur zurückgegriffen werden, die freiwillige Aktivitäten außerhalb des Berufslebens wie politisches oder bürgerschaftliches Engagement behandelt. Dabei zeigt sich, dass sich die Hauptgründe, warum es nicht zum Engagement kommt, in drei Kategorien zusammenfassen lassen: „nicht wollen“, „nicht können“ und „nicht gefragt werden“ (Brady/Verba/Schlozman 1995). Wir übertragen diese Logik auf unsere Fragestellung und bilden die drei Gruppen „andere Präferenzen“, „Mangel an individuellen Ressourcen“ und „mangelnde Gelegenheitsstrukturen“. Politischer Gestaltungsspielraum entsteht besonders bei den letzten beiden Kategorien. Vor dem Hintergrund des aktiven Alterns sollte die Politik hinsichtlich einer Veränderung der persönlichen Präferenzen nur in Ausnahmefällen eingreifen. Mit einem aktuellen Datensatz des BiB möchten wir überprüfen, wie sich die Gründe in Bezug auf eine Nichtbeschäftigung im Ruhestand verteilen und welche Konsequenzen sich aus diesen Ergebnissen für die Gestaltung des demografischen Wandels ergeben.

Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Transitions and Old Age Potential“

Die empirischen Analysen basieren auf den Daten der Panelstudie „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Mit Hilfe standardisierter Telefoninterviews wurden in der ersten Welle (2013) 5.002 Personen aus der deutschsprachigen Wohnbevölkerung mit den Geburtsjahrgängen von 1942 bis 1958 unter anderem zu ihren Erwerbstätigkeiten, dem Übergang in den Ruhestand und ihrer Gesundheit befragt. Die zweite Welle fand zwischen Dezember 2015 und Februar 2016 statt. Hier konnten

² Bei Nichterwerbstätigkeit müssen sich Ruheständlerinnen und Ruheständler im Gegensatz zu den Personen im erwerbsfähigen Alter nicht beim Arbeitsamt bzw. Jobcenter melden. Es drohen ihnen auch keine negativen Sanktionen bei Nichtarbeit. Im Gegenteil: Durch den Bezug einer Altersrente sind Ruheständlerinnen und Ruheständler über ihren Status legitimiert, nicht zu arbeiten.



2.501 Personen, die bereits an der ersten Befragung teilgenommen hatten, erneut befragt werden (Sackreuther et al. 2016; Mergenthaler et al. 2017).

Das analytische Sample umfasst Personen im Ruhestand, die in der ersten Welle angegeben hatten, grundsätzlich ein Interesse für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand zu haben, jedoch dies bis 2016 nicht realisierten. In der zweiten Befragung wurden diese gebeten, den Hauptgrund für diese Entscheidung zu nennen: „Bei unserem Gespräch im Jahr 2013 haben Sie angegeben, dass Sie sich damals grundsätzlich vorstellen könnten, im Ruhestand noch einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Woran lag es hauptsächlich, dass Sie dies bisher noch nicht

gemacht haben?“ Das relevante Sample beinhaltet somit eine Fallzahl von N = 195 Personen. Das durchschnittliche Alter liegt dabei bei 67 Jahren. Das Geschlecht ist ungefähr gleich verteilt. Im Sample sind ausschließlich Personen mit mittlerer (45 %) und hoher Bildung (55 %) und überwiegend aus Westdeutschland (82 %) vertreten.

In Tabelle 1 sind die Hauptgründe dargestellt, warum im Ruhestand nicht einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde, obwohl die Befragten es sich in der 1. Welle vorstellen konnten im Ruhestand zu arbeiten. Die Gründe, die bei der Kategorie *andere Präferenzen* (N = 78) am stärksten vertreten waren, sind „Ich habe/hatte einfach keine Lust mehr“ (N = 21), „Ich war finanziell ausrei-

Tabelle 1: Hauptgründe, warum im Ruhestand nicht einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde, obwohl Befragte es sich in der 1. Welle vorstellen konnten, im Ruhestand zu arbeiten

	N	
Andere Präferenzen (N = 78)		
Ich habe/hatte einfach keine Lust mehr	21	} jüngere, gesunde, wenig Pflegende; eher Männer
Ich war finanziell ausreichend abgesichert	17	
Ich wollte mehr Zeit für meine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit	16	
Ich wollte mich um meine Enkel oder um Kinder kümmern	12	
Ich wollte mehr Zeit für meine Hobbies haben	5	
Ich kann es mir grundsätzlich immer noch vorstellen bzw. plane es noch zu tun	4	
Ich wollte mehr Zeit mit meinem Partner/meiner Partnerin.	2	
Das war damals in der Erstbefragung nicht so ernst gemeint	1	
Mangelnde Ressourcen (N = 52)		
Ich hatte gesundheitliche Probleme	27	} ältere, gering/mittel Gebildete mit schlechter Gesundheit und höherer Pflegetätigkeit; eher weiblich
Zeitliche Aspekte (Zeitkonkurrenz/Zeitsouveränität)/Ausgelastet	15	
Ich musste eine kranke oder pflegebedürftige Person betreuen	9	
Ich war ausgelaugt und erschöpft	1	
Mangelnde Gelegenheitsstrukturen (N = 65)		
Es gab in meinem Umfeld keine Möglichkeit	20	} eher höher Gebildete; überwiegend männlich
Die Bedingungen waren nicht wie gewünscht	19	
Hat sich nichts ergeben/nichts gefunden/kein Angebot	13	
Ich war als Arbeitskraft nicht mehr gefragt	4	
Der Arbeitsweg war zu lang	3	
Firmengründe	3	
(Renten-) Rechtliche Gründe	3	
Gesamt:	195	

Quelle: Eigene Berechnungen mit TOP Welle 1 und Welle 2.

Anmerkungen: Die Kategorien „Mein Partner arbeitet nicht mehr“ und „Ich konnte nicht mehr mithalten“ wurden von den Befragten nicht als Gründe genannt.



chend abgesichert“ (N = 17) und „Ich wollte mehr Zeit für meine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit“ (N = 16). Werden weitere Informationen bezüglich Geschlecht, Alter, Bildung, Gesundheit und Pflegehäufigkeit betrachtet, lassen sich folgende Muster erkennen: Die Personen, die andere Präferenzen besitzen als eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand aufzunehmen, sind im Vergleich zu den anderen beiden Kategorien eher jünger, gesünder, gehen eher weniger einer Pflgetätigkeit nach und sind eher Männer. In der zweiten Kategorie *mangelnde Ressourcen* (N = 52) werden gesundheitliche Probleme als häufigster Grund (N = 27) genannt. Als zweithäufigster Grund werden zeitliche Aspekte (N = 15) angegeben. Bei der Betrachtung weiterer Merkmale fällt auf, dass diese Personen im Vergleich zu den anderen Kategorien eher älter sind, eine geringere Bildung, schlechtere Gesundheit und höhere Pflgetätigkeit aufweisen. Des Weiteren ist zu erkennen, dass es sich häufiger um Frauen handelt. In der nächsten Kategorie der *mangelnden Gelegenheitsstrukturen* (N = 65) werden als Hauptgründe „Es gab in meinem Umfeld keine Möglichkeit“ (N = 20) und „Die Bedingungen waren nicht wie gewünscht“ (N = 19) genannt. Hier ist zu erkennen, dass diese Personen eher höher gebildet

und eher Männer sind im Vergleich zu Personengruppen in den beiden anderen Kategorien.

Welche Bedeutung haben die Befunde für die Flexi-Rente?

Mit der Einführung der Flexi-Rente baut die Bundesregierung auf ein starkes Interesse hinsichtlich einer Verlängerung des Erwerbslebens über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus. Aus der Forschung geht hervor, dass zwar ein relativ hohes Interesse auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes besteht, die tatsächliche Erwerbstätigkeit im Ruhestand jedoch hinter den Erwartungen bleibt. Dies führt zu der Frage, warum sich Angebot und Nachfrage nicht „finden“ können. Mit Hilfe aktueller Daten aus dem Projekt „Transitions and Old Age Potential“ können wir uns dieser Frage annähern. Die Analysen haben ergeben, dass das Phänomen „(keine) Beschäftigung im Ruhestand“ doch komplexer ist, als man allgemein vermuten könnte. Mangelnde Willensstärke scheint nicht der Hauptgrund dafür zu sein, dass Personen, die zu einem früheren Zeitpunkt ein grundsätzliches Interesse signalisierten, dann doch nicht im Ruhestand arbeiten. Ausgehend von diesen Befunden können folgende Thesen aufgestellt werden:



Die TOP-Studie am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

„Transitions and Old Age Potential“ (TOP) ist eine Längsschnittstudie, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in zwei Wellen (2013 und 2016) durchgeführt hat. Ihre Auswertung erfolgt aktuell gemeinsam mit Partnern an der Columbia University in New York, der Jacobs University in Bremen und der Ludwig-Maximilians-Universität in München. In der ersten Befragungswelle waren zusätzlich Partner von der SRH Hochschule Berlin sowie von der Leupana Universität Lüneburg beteiligt. Als „Lebensphasen-Survey“ ist TOP eine Ergänzung zu bestehenden Studien zur zweiten Lebenshälfte in Deutschland. Die Studie geht zum Beispiel den Fragestellungen nach, in welchem zeitlichen Umfang und wie lange ältere Menschen am Arbeitsmarkt, in der Familie oder im zivilgesellschaftlichen Bereich aktiv sind. Des Weiteren werden Einstellungen, Absichten und Motive älterer Personen zu den Tätigkeiten in diesen Lebensbereichen und deren Verwirklichung untersucht. Hierzu werden individuelle, familiäre, finanzielle, kulturelle und berufliche Merkmale betrachtet, die eine Beendigung, eine Aufnahme oder eine Ausweitung von Tätigkeiten bzw. die Einstellung und Absicht dazu, beeinflussen könnten. Die Schwerpunkte der Studie liegen auf dem Übergang der Jahrgänge 1942 bis 1958 in den Ruhestand und den Potenzialen dieser älteren Erwachsenen am Arbeitsplatz, in generationenübergreifenden Beziehungen innerhalb der Familie und in der Zivilgesellschaft und auf dem Wandel bzw. den Veränderungen in diesen Lebensbereichen. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der ersten Befragungswelle (2013) wurde nach dem Gabler-Häder-Design durchgeführt und ist somit für die Bundesrepublik repräsentativ. Das Ziel der zweiten Welle des Surveys sind die Analysen im Zeitverlauf, somit sind Aussagen über Wirkungszusammenhänge möglich (Sackreuther et al. 2016; Mergenthaler et al. 2017).





- In der Kategorie *andere Präferenzen* weisen die Antworten „keine Lust mehr“ und „finanziell ausreichend versorgt“ einen engen Bezug zur bisherigen beruflichen Karriere auf. Es scheint, dass diese Personen mit dem Thema „Erwerbsarbeit“ abgeschlossen haben und ihren Ruhestand genießen möchten, auch wenn in der Vergangenheit die Interessenslage anders gelagert war. Die Wünsche nach mehr Zeit für Ehrenamt, (Enkel-)Kinder oder Hobbies haben einen engen Bezug zu Aktivitäten im *außerberuflichen* Bereich. Man kann in diesem Fall nicht von einem gesellschaftlichen Rückzug sprechen, sondern von einer Verlagerung des Aktivitätsniveaus auf andere Lebensbereiche.
- In der Kategorie *mangelnde Ressourcen* erweisen sich Gesundheit und Zeitknappheit als kritische Faktoren. Diese sind grundsätzlich gestaltbar, wobei der gesundheitliche Aspekt bereits viel früher im Lebensverlauf Berücksichtigung finden sollte, wohingegen die Lösung des Zeitproblems erst mit der konkreten Lebenssituation zusammenfällt.
- *Mangelnde Gelegenheitsstrukturen* kennzeichnen sich besonders dadurch, dass keine passenden Angebote gefunden werden. Des Weiteren weichen die Vorstellungen von der bezahlten Tätigkeit im Ruhestand zwischen den Akteuren auf dem Arbeitsmarkt voneinander ab. Hier könnte man, mit gegebener Vorsicht, den Schluss ziehen, dass die (ehemaligen) Beschäftigten nicht um jeden Preis einer bezahlten Arbeit nachgehen möchten. Unterstützend für diese Interpretation ist die Tatsache zu nennen, dass die Befragten über einen mindestens mittleren Schulabschluss verfügen, was in der Regel mit einem höheren Einkommen einhergeht und dementsprechend keine finanzielle Notwendigkeit für eine Erwerbsarbeit im Ruhestand empfunden wird.

Wie lassen sich die Befunde vor dem Hintergrund des Flexi-Rentengesetzes einordnen? Mangelnde Gelegenheitsstrukturen sind nicht von der Hand zu weisen, so dass Menschen es sich sehr wohl vorstellen können, im Ruhestand zu arbeiten, diese geäußerte Absicht jedoch nicht in die Tat umsetzen können. An erster Stelle sind die Unternehmen als Adressaten zu nennen, die auf die Präferenzen älterer Personen hinsichtlich ihrer Arbeitsgestaltung und -organisation reagieren können. Der Gesetzgeber kann dazu einen entsprechenden Gestaltungs-

rahmen anbieten, was mit der Einführung des Flexi-Rentengesetzes geschehen ist. Allerdings ist dieses Gesetz noch zu jung, um die Auswirkungen hinsichtlich einer Beschäftigung im Ruhestandsalter einschätzen zu können.

Diskussion und Ausblick

Zum Abschluss dieses Beitrags möchten wir noch kritisch anmerken, dass es mit der Einführung der Flexi-Rente zu einer (weiteren) diskursiven Verschiebung in der Alterssicherungsdebatte kommt. Gab es in der Vergangenheit noch die klar abgegrenzte Norm zu dem sogenannten „wohlverdienten Ruhestand“, so scheint sich mittlerweile ein Trend dahingehend abzuzeichnen, dass Arbeiten neben dem Ruhestand als etwas Normales betrachtet werden kann und sich „klassische“ Ruheständlerinnen und Ruheständler immer öfter rechtfertigen müssten, warum sie nicht mehr arbeiten, während es andere tun. Diese Entwicklung wird beispielsweise bei der normativen Verschiebung im Konzept des aktiven Alterns ähnlich kritisch betrachtet (Taylor/Earl 2016) und auch von Gewerkschaftsvertretern mit großer Sorge beobachtet (Urban/Ehlscheid/Neumann 2016). Besonders problematisch wird es, wenn der Gesundheitszustand es nicht mehr zulässt, weiterzuarbeiten oder der Bildungsstand nicht für den Job im Ruhestand ausreicht.

Zudem sollte nicht übersehen werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Personen, die nicht im Ruhestand arbeiten, sich gerne engagiert, allerdings in außerberuflichen Tätigkeiten. Im Sinne des aktiven Alterns sind diese Lebensbereiche als gesellschaftlich ebenso wertvoll zu betrachten wie die weitere Teilnahme im Erwerbsleben (WHO 1994). Es bedarf in dieser Debatte also politischen Fingerspitzengeföhls, Arbeit im Ruhestand als etwas Positives in einer älter werdenden Gesellschaft zu etablieren, ohne diejenigen in Rechtfertigungszwang zu versetzen, die ihren Ruhestand nach einer langen Erwerbsphase genießen möchten und somit einen anderen Lebensentwurf verfolgen als Befürworter des ökonomisch geprägten aktiven Alterns sich wünschen oder die aus gesundheitlichen oder bildungsbezogenen Gründen einfach nicht mehr arbeiten können (Denninger et al. 2014; Taylor/Earl 2016). Eine Verkürzung des Konzepts des aktiven Alterns auf die Erwerbstätigkeit im höheren Alter oder Rentenalter wird der ursprünglichen Bedeutung dazu nicht gerecht und ignoriert weitere As-



pekte, die im Rahmen dieser Debatte als essentiell herausgestellt werden. Dazu zählen die individuelle Freiheit im Alter, subjektives Wohlbefinden und ein guter Gesundheitszustand sowie die finanzielle Absicherung, die freie Entscheidungen ermöglicht und somit dem Begriff des *flexiblen und selbstbestimmten* Eintritts in den Ruhestand mehr Gewicht verleihen (Taylor/Earl 2016; Urban/Ehlscheid/Neumann 2016). Die Ergebnisse unterstreichen, dass neben dem grundsätzlichen Wunsch seitens der Regierung zum längeren Verbleib im Erwerbsleben das Fördern eine zentrale Komponente für das Gelingen dieses Vorhabens ist. Ohne entsprechende persönliche Ressourcen ist ein Arbeiten im Rentenalter nicht möglich und weist besonders deutlich beim Beispiel „Gesundheit“ Widersprüchlichkeiten gegenüber dem Konzept des aktiven Alterns in seiner ursprünglichen Bedeutung auf.

Es gilt, Teilhabemöglichkeiten im hohen Erwachsenenalter zu schaffen ohne einen ökonomischen Imperativ zu etablieren. Diejenigen Menschen, die ihr aktives Altern im Bereich der Erwerbstätigkeit gestalten möchten, sollten diese Möglichkeit erhalten. Dazu müssen Hürden abgebaut und Beteiligungsstrukturen geschaffen werden. Diejenigen, die ihr aktives Altern jedoch außerhalb von Erwerbsarbeit, z. B. im Ehrenamt oder in gänzlich individualisierten Lebensentwürfen gestalten möchten, sollen dies frei von gesellschaftlicher und politischer Stigmatisierung selbstverantwortlich umsetzen können.

Literaturverzeichnis

- Baltes, Paul B.; Baltes, Margret M. 1990: Psychological perspectives on successful aging: The model of selective optimization with compensation. In: Baltes, Paul B.; Baltes, Margret M. (Hrsg.): *Successful aging: Perspectives from the behavioral sciences*. New York: Cambridge University Press: 1–34.
- Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay L. 1995: Beyond SES: A resource model of political participation. In: *American Political Science Review* 89,2: 271–294.
- Buchholz, Sandra; Rinklake, Annika; Blossfeld, Hans-Peter 2013: Reversing early retirement in Germany. A longitudinal analysis of the effects of recent pension reforms on the timing of the transition to retirement and on pension incomes. In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 38,4: 881–906.
- Cihlar, Volker; Mergenthaler, Andreas; Micheel, Frank 2014: *Erwerbsarbeit & Informelle Tätigkeiten der 55- bis 70-Jährigen in Deutschland*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Czepek, Judith; Gürtzgen, Nicole; Moczall, Andreas; Weber, Enzo 2017: Halten rentenberechtigter Mitarbeiter in den Betrieben: Vor allem kürzere und flexiblere Arbeitszeiten kommen zum Einsatz. In: *IAB-Kurzbericht*, 16/2017.
- Denninger, Tina; van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan; Richter, Anna 2014: *Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Deutscher Bundestag 2016: Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben (Flexi-Rentengesetz). Drucksache 18/9787 vom 27.09.2016. Berlin.
- Dorbritz, Jürgen; Micheel, Frank 2010: Weiterbeschäftigung im Rentenalter – Potenziale, Einstellungen und Bedingungen. In: *Bevölkerungsforschung Aktuell* 31,3: 2–7.
- Foster, Liam; Walker, Alan 2015: Active and successful aging: A European policy perspective. In: *The Gerontologist* 55,1: 83–90.
- Fratiglioni, Laura; Paillard-Borg, Stephanie; Winblad, Bengt 2004: An active and socially integrated lifestyle in late life might protect against dementia. In: *Lancet Neurology* 3,6: 343–353.
- Hagemann, Steffen; Hokema, Anna; Scherger, Simone 2017: Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze. Erfahrung und Deutung erwerbsbezogener Handlungsspielräume im Alter. In: *BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen* 28,1-2: 119–147.
- Kempermann, Gerd 2008: The neurogenic reserve hypothesis: What is adult hippocampal neurogenesis good for? In: *Trends in Neurosciences* 31,4: 163–169.
- Kruse, Andreas 2005: Selbstständigkeit, bewusst angenommene Abhängigkeit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung als zentrale Kategorien einer ethischen Betrachtung des Alters. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 38,4: 273–287.
- Mergenthaler, Andreas; Cihlar, Volker; Micheel, Frank; Maruhn, Sabia; Riedl, Sabine; Sackreuther, Ines 2017 (im Druck): *TOP – Transitions and Old Age Potential*.



- Daten- und Methodenbericht zur zweiten Welle der Studie. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) 1998: Maintaining prosperity in an ageing society. Paris: OECD.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) 2006: Live longer, work longer. Ageing and Employment Policies. Paris: OECD.
- Rott, Christoph; Cihlar, Volker 2010: Alterssport. In: Woll, Alexander; Mess, Filip; Haag, Herbert (Hrsg.): Handbuch Evaluation im Sport. Schorndorf: Hofmann: 205–238.
- Sackreuther, Ines; Schröder, Jakob; Cihlar, Volker; Mergenthaler, Andreas; Micheel, Frank; Schill, Gabriele 2016: TOP – Transitions and Old Age Potential. Methodenbericht zur Studie. BiB Daten- und Methodenberichte 1/2016. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Sackreuther, Ines; Mergenthaler, Andreas; Cihlar, Volker; Micheel, Frank; Lessenich, Stephan; Lippke, Sonia; Schneider, Norbert F.; Staudinger, Ursula M. 2017: (Un-)Ruhestände in Deutschland. Übergänge, Potenziale und Lebenspläne älterer Menschen im Wandel. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Taylor, Philip; Earl, Catherine 2016: The social construction of retirement and evolving policy discourse of working longer. In: Journal of Social Policy 45,2: 251–268.
- Urban, Hans-Jürgen; Ehlscheid, Christoph; Neumann, Dirk 2016: (K)ein Recht auf Ruhestand: Zum Abschlussbericht der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexible Übergänge“. In: Soziale Sicherheit 65,2: 67–73.
- Walker, Alan; Maltby, Tony 2012: Active ageing: A strategic policy solution to demographic ageing in the European Union. In: International Journal of Social Welfare 21, Supplement s1: S117–S130.
- WHO (Weltgesundheitsorganisation) 1994: Health for all: Updated targets. Copenhagen: WHO.
- WHO (Weltgesundheitsorganisation) 2002: Aktiv Altern. Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln. Genf: WHO.



TOP online auf der BiB-Homepage

http://www.bib-demografie.de/DE/Forschung/3_FB3/fg3_2/Projekte/1_top_node.html



Rückblick

Kaum Veränderungen bei der Geschlechtergleichheit – 10. Infoveranstaltung des BiB in Berlin

Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern haben sich in Deutschland mit Blick auf bestimmte Aspekte in den letzten Jahren kaum gewandelt. So ist Deutschland zum Beispiel bei der Geschlechtergerechtigkeit im europäischen Vergleich nur im Mittelmaß anzusiedeln. Zudem liegt bei der Familienarbeit die Hauptverantwortung unverändert bei den Frauen, wie der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, anlässlich der BiB-Informations- und Diskussionsveranstaltung zum demografischen Wandel in Deutschland am 28. November 2017 in Berlin hervorhob. Damit seien die Geschlechterrollen heute eher durch Stabilität als Wandel charakterisiert.

In seinem Vortrag untersuchte Prof. Schneider die Geschlechterverhältnisse in Deutschland vor allem im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit und die Geschlechtergleichheit. Zwischen 1991 und 2015 ist demnach die Er-



Absage an grundlegend gewandelte Geschlechterbeziehungen: Nach der Ansicht von Prof. Schneider lässt sich in zentralen Aspekten der Beziehung von Frau und Mann in Deutschland nach wie vor nicht von einem tiefgreifenden Wandel sprechen. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Rückfall in traditionelle Geschlechtermuster nach der Geburt eines Kindes. (Bild: C. Fiedler, BiB)



werbstätigenquote der Frauen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland angestiegen. Allerdings ist zugleich auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen im selben Zeitraum zurückgegangen – in Ostdeutschland von einem deutlich höheren Niveau ausgehend als in Westdeutschland, sagte der Soziologe. Zudem zeigt ein Blick auf die Verteilung vollzeiterwerbstätiger Mütter mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren auf Regierungsebene für das Jahr 2015 die höchsten Anteile in Ostdeutschland und die niedrigsten in Westdeutschland.

Elternschaft führt zur Re-Traditionalisierung der Arbeitsteilung

Auch die Arbeitsteilung zwischen den Partnern mit einem jüngstem Kind zwischen 3 und 6 Jahren belegt deutliche Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands: „Wir sehen eine Dominanz des Zweiverdienermodells im Osten sowie des Hinzuverdienermodells im Westen“, analysierte Prof. Schneider. Der Übergang zur Elternschaft markiert einen Einschnitt im Hinblick auf die Geschlechtergleichheit: „Es erfolgt nach einer gewissen Zeit der Elternschaft eine Re-Traditionalisierung der Arbeitsteilung, zugleich wird die ökonomische Abhängigkeit der Frau stärker.“ Dies wird auch bestätigt durch die Einkommensverteilung: Hier sind die Frauen vor allem im Westen nach wie vor häufig ökonomisch vom Partner abhängig. Insgesamt ergibt sich damit für die Frauen ein Rückgang an gesellschaftlicher Teilhabe, resümierte er. Die Geschlechterrollen sind deshalb in erster Linie durch Stabilität gekennzeichnet – und kaum durch einen Wandel.



Dr. Uta Brehm: Wiedereinstiegsmuster von Müttern in den Beruf

Der von Prof. Schneider bereits erwähnte Anstieg der Müttererwerbstätigkeit stand auch im Fokus des Beitrags von Dr. Uta Brehm. Sie beschäftigte sich tiefergehend mit den Fragen, wann die Mütter zurückkehren, in welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen. Im Hinblick auf das „Wann“ identifizierte sie drei typische Muster des Wiedereinstiegs in den Beruf: einen Rückzug der Mütter für mehrere Jahre im Zuge aufeinanderfolgender Geburten mit jeweils dreijähriger Erwerbsunterbrechung, die Rückkehr in den Beruf bereits etwa ein Jahr nach jeder einzelnen Geburt oder eine möglichst kurze Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zur Kinderbetreuung. Ihre Analysen zeigen für die Zeit vor der Elterngeldreform im Zeitraum zwischen 1997 und 2006 große Unterschiede dieser Muster zwischen Hochschulabsolventinnen und anderen Bildungsabschlüssen. So bevorzugten die Mütter ohne Hochschulabschluss den Rückzug aus der Erwerbstätigkeit; die Hochschulabsolventinnen wählten dagegen am häufigsten eine möglichst kurze Unterbrechung. Das Rückkehr-Modell nach etwa einem Jahr spielte bei beiden Gruppen keine große Rolle. Mit der Elterngeldreform hat sich dieses Bild allerdings gedreht, sagte Dr. Brehm. Es setzte sich nun im Zeitraum zwischen 2007 und 2016 die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach etwa einem Jahr als anteilig größtes Verhaltensmodell durch – und zwar sowohl bei den Frauen ohne Hochschulabschluss als auch bei den Akademikerinnen. „Im Zuge der Elterngeldreform haben sich die Handlungsmuster des Wiedereinstiegs über die untersuchten Bildungsgruppen hinweg vereinheitlicht“, resümierte sie.

Zugleich divergieren die Idealvorstellungen in Deutschland stark, was den Erwerbsumfang in Teil- oder Vollzeit angeht. Dazu präsentierte sie Forschungsergebnisse aus der Familienleitbildstudie des BiB zur idealen Wochenstundenarbeitszeit einer Mutter mit zweijährigem Kind, aus der hervorgeht, dass die befragten Frauen in Westdeutschland mehrheitlich ein Teilzeitmodell bevorzugen, während die ostdeutschen Mütter lieber länger arbeiten würden. Zu beachten ist dabei allerdings die sogenannte „Teilzeitfalle“, das Verharren in Teilzeitstellen mit geringen Einkommens-, Fortbildungs- und beruflichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten: „Eine schnelle Rückkehr in Teilzeit (auch schon zwischen den Kindern) kann die späteren beruflichen Chancen schwerwiegen-

der beschädigen als der vorübergehende Rückzug aus dem Erwerbsleben“, warnte Dr. Brehm. Somit trage Teilzeit neben reduzierten Rentenansprüchen auch zur Geschlechterungleichheit bei. Sie betonte einerseits die Notwendigkeit verbesserter beruflicher Möglichkeiten in Teilzeit, aber andererseits auch die flexiblere Rückkehr und bedarfsorientierte Anpassung des Erwerbsumfangs, da die Bedürfnisse von Müttern sich in verschiedenen Lebenswirklichkeiten und Situationen stark unterscheiden können. Gleichzeitig warb sie für die stärkere Einbindung des Partners bei der Verteilung der Verantwortung in der Partnerschaft – um die von Prof. Schneider betonte Re-Traditionalisierung der Beziehung im Verlauf der Elternschaft zu vermeiden und die Last der Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen.

Dr. Volker Cihlar, Frank Micheel: Was hindert Menschen daran, im Ruhestand zu arbeiten?

Die Erwerbstätigenquoten der 65- bis 74-Jährigen sind in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Damit stellt sich die Frage, welche Gründe für die Weiterführung der Erwerbsarbeit im Ruhestand verantwortlich sind oder warum eine vorhandene Absicht, im Ruhestand weiter tätig



„Der Geist ist willig, aber ...“: Mit der Frage, warum Menschen eine vorhandene Absicht, im Ruhestand zu arbeiten, letztlich nicht realisieren, befasste sich Dr. Volker Cihlar. Um ihnen die Umsetzung zu erleichtern, müssten Hürden abgebaut und Strukturen für eine Beteiligung etabliert werden. (Bild: C. Fiedler, BiB)



zu sein, letztlich dann doch nicht umgesetzt wird bzw. werden kann.

In seinem Beitrag gab Dr. Volker Cihlar (zusammen mit Frank Micheel) einen Überblick über die Motive gegen eine fortgeführte Erwerbstätigkeit im Ruhestand aus zwei Befragungswellen der BiB-Studie „Transitions and Old Age Potential (TOP)“. Das analytische Sample umfasst Personen im Ruhestand, die in der ersten Welle angegeben hatten, grundsätzlich Interesse an einer Erwerbstätigkeit im Ruhestand zu haben, dies bis 2016 jedoch nicht realisierten, erklärte Dr. Cihlar. Diese Personen wurden gebeten, den Hauptgrund dafür zu nennen, dass sie ihr ursprüngliches Vorhaben nicht umsetzen konnten bzw. dies nicht getan haben. Das relevante Sample beinhaltet eine Fallzahl von $N = 195$ Personen. Das durchschnittliche Alter liegt dabei bei 67 Jahren. Das Geschlecht ist ungefähr gleich verteilt. Im Sample sind ausschließlich Personen mit mittlerer (45 %) und hoher Bildung (55 %) und überwiegend aus Westdeutschland (82 %) vertreten.

Die Analysen weisen darauf hin, dass das Phänomen „(keine) Beschäftigung im Ruhestand“ komplexer ist, als man allgemein vermuten könnte, sagte der Gerontologe. Mangelnde Willensstärke stellt dabei keinen Grund dar, dass Personen, die zu einem früheren Zeitpunkt ein grundsätzliches Interesse signalisierten, dann doch nicht im Ruhestand arbeiten. Hingegen spielen vorrangig drei Faktoren eine Rolle: „andere Präferenzen“ (also eine Verlagerung des Aktivitätsniveaus auf andere Lebensbereiche), „mangelnde Ressourcen“ (wie ein schlechter gesundheitlicher Zustand oder ein knappes Zeitbudget) sowie „mangelnde Gelegenheitsstrukturen“ in Folge fehlender Arbeitsangebote, betonte Dr. Cihlar.

Als Fazit wurde gezogen, dass diejenigen Menschen, die im Alter erwerbstätig sein wollen, diese Möglichkeit erhalten sollten. Dazu müssten Hürden abgebaut und Beteiligungsstrukturen geschaffen werden. Diejenigen, die ihren Ruhestand jedoch außerhalb von Erwerbsarbeit, zum Beispiel im Ehrenamt oder innerhalb der Familie gestalten möchten, sollten dies frei von gesellschaftlicher und politischer Stigmatisierung selbstverantwortlich umsetzen können.

Dr. Nikola Sander: Die Schwierigkeit der statistischen Erfassung der globalen Migrationsströme

Das aktuelle Migrationsgeschehen wirft Fragen auf, die mit den vorhandenen Daten der amtlichen Statistik nur schwer zu beantworten sind, sagte Dr. Sander in ihrem Vortrag. Da die Definition und Erfassung von Migration von Land zu Land variiert, können die Intensität und die Muster der globalen Migrationsströme kaum adäquat abgebildet werden. Um diese Ströme sichtbar zu machen, hat Dr. Sander zusammen mit weiteren Wissenschaftlern eine interaktive Visualisierung entwickelt, die Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströme zwischen und innerhalb von Regionen visuell darstellt. Ihren im Jahr 2014 publizierten Analysen zufolge gab es zwischen 2005 bis 2010 weltweit 41 Millionen Migranten.

Dr. Sander wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in der öffentlichen Meinung diskutierte Migration von Afrika nach Europa tatsächlich deutlich weniger bedeutend verläuft als angenommen: So kamen in der Fünf-Jahres-Periode 2005-10 insgesamt 2,1 Millionen Menschen aus Afrika nach Europa, davon 875.000 aus Nordafrika. Dagegen betrug das Wanderungsvolumen zwischen den Ländern südlich der Sahara jedoch 3,1 Millionen.

Bezogen auf Deutschland kamen im Jahr 2015 etwa 45 % der Ausländer aus der Krisenregion Mittlerer Osten.



Welt in Bewegung: Dr. Nikola Sander betrachtete in ihrem Vortrag die globalen Migrationsströme und prognostizierte auf der Basis von Analysen einen Rückgang der Migrationsflüsse aufgrund der Auswirkungen des demografischen Wandels mit rückläufigen Geburtenraten und einer zunehmend älter werdenden Weltbevölkerung.

(Bild: C. Fiedler, BiB)



Die Abbildung zeigt Wanderungsströme über den Zeitraum 2005-2010 zwischen 10 Weltregionen. Dabei ist den Weltregionen je eine Farbe zugeordnet, welche auch die Herkunftsregion eines Migrationsstroms kennzeichnet. Die Breite eines Stroms zeigt dessen Volumen an. Deutlich wird, dass sich die Wanderungsbewegungen zwischen Kontinenten auf zwei Korridore konzentrieren: von Asien nach Nordamerika und von Amerika nach Europa.

Quelle: Sander et al (2014); www.global-migration.info

Dazu zählen Syrien, Irak, Iran, Afghanistan sowie Pakistan. Dabei war die restliche Nettozuwanderung aus den

anderen Staaten mit 628.000 Personen ähnlich hoch wie Anfang der 1970er und 1990er Jahre. Dabei gestaltet sich allerdings die Bereitstellung von Daten und Fakten zum aktuellen Migrationsgeschehen in Deutschland im internationalen Kontext schwieriger als hinlänglich vermutet: „Dringend notwendig sind Initiativen von internationalen Organisationen, um die statistische Erfassung von Migrationsbewegungen zu verbessern“, betonte sie.

Wie sich die globalen Migrationsbewegungen künftig entwickeln werden, zeigte Dr. Sander dann auf der Basis von Projektionen des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital. „Nach den Prognosen ist von einem Rückgang der globalen Migration bis zum Jahr 2060 aufgrund des demografischen Wandels auszugehen“, analysierte sie. So werden sich bis dahin ein einsetzender weltweiter Rückgang der Geburtenrate auf das westliche Niveau und damit eine Abnahme jüngerer auf das Migrationsgeschehen auswirken.

Bernhard Gückel, BiB

Migration im Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft als Thema beim 5. Europäischen Fachkongress für Familienforschung

Mit dem Themenkomplex Familie, Bildung und Migration beschäftigte sich der 5. Europäische Fachkongress für Familienforschung vom 9. bis 11. November 2017 in Wien. Neben zahlreichen Vorträgen zu Themen wie der Fragmentierung von Elternschaft, der Multilokalität von Familien sowie der Eltern- und Familienbildung diskutierten beim Abendgespräch Vertreter aus Politik, Forschung, und dem Kongressplenum über die Herausforderungen des Migrationsgeschehens für Politik und Wissenschaft. In der Debatte plädierte der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, angesichts von Forderungen aus der Politik nach schnellerer Lieferung von wissenschaft-

lichen Ergebnissen für eine längerfristige Ausrichtung der Forschung. Dies sei eine Voraussetzung dafür, damit zum Beispiel Studien repliziert und überprüft werden können.

Die Debatte widmete sich vor allem dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft beim Thema Migration. So wurden vor allem Fragen nach den Informations- und Bera-





Wünsche der Politik und Bedürfnisse der Wissenschaft: Über die Herausforderungen von Migration für Politik und Wissenschaft diskutierten beim Abendgespräch (von links) der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Dr. Susanne Raab (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Wien, Sektionsleiterin, Sektion VIII – Integration), Moderator Wolfgang Mazal (Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Universität Wien), Romed Perfler (Leiter Bereich Werte und Orientierung beim Österreichischen Integrationsfonds, Wien) sowie Dr. Jan Schneider (Leiter des Forschungsbereichs des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Berlin). (Bild: Christine Geserick)

tungserfordernissen der Politik gestellt und inwieweit die Wissenschaft diese erfüllen kann bzw. will. Damit einher gehen Probleme wie das Tempo und der Konkretheitsgrad der Informationen oder die Belastbarkeit der Befunde. Aus der Sicht der Forschung wurde vor allem die Frage nach den Bedarfen der Wissenschaftler gestellt – etwa was die Förderung der Grundlagenforschung angeht.

Ist Migration eine Bedrohung oder eine Chance? – Diskussion mit Prof. Schneider

Was die Debatte um den Themenkomplex Migration angehe, gebe es zwei prävalente Diskurse, sagte Prof. Schneider: Zum einen werde Migration als bedrohlich wahrgenommen. Dies gelte beispielsweise bei der Sorge über die Wegnahme von Arbeitsplätzen oder eine übermäßige Belastung der sozialen Sicherungssysteme durch die Migranten. Der zweite Diskurs betrachte Migration als Problemlösung zum Beispiel beim Fachkräftemangel oder der Bewältigung des demografischen Wandels.

Eine ausgewogene Debatte sei aus seiner Sicht nur dann möglich, wenn verschiedene Perspektiven berücksichtigt würden: Dazu zählte er den Nutzen und Schaden von Migration für das Aufnahmeland, die positive

und negative Bedeutung von Migration für die Herkunftsländer sowie die Interessen und Bedürfnisse der Migranten. Zudem bedürfe es einer Differenzierung der Betrachtung, die unter anderem Art und Motiv der Migration sowie die Herkunftsregion einbeziehen müsse, betonte der Soziologe.

Dabei steht die wissenschaftliche Forschung vor dem Problem, dass die Politik möglichst kurzfristig eine vorausschauende Bedarfsformulierung und schnelle Ergebnisse wünscht. Die Forschung könnte aber besser liefern, wenn es vor allem längerfristige Unterstützung geben würde, lautete sein Fazit.

Welche Faktoren beeinflussen den Übergang zu einem dritten Kind?

Zusätzlich zum Thema Migration standen in den zahlreichen Vor-

trägen und Diskussionen aber auch andere Bereiche im Fokus, an denen auch Wissenschaftlerinnen und Wis-



Differenzierter Blick auf das Migrationsgeschehen: Prof. Schneider wies auf zwei Diskussionsrichtungen im Zusammenhang mit Migration hin: Zum einen kann sie bei der Bewältigung des demografischen Wandels hilfreich sein – zugleich wird sie aber auch als bedrohlich wahrgenommen. (Bild: Christine Geserick)



Das geringe Geburtenniveau in Deutschland beruht überwiegend auf dem rückläufigen Anteil kinderreicher Familien. Dabei ist das Wissen über die Entstehung individueller Bedingungen, die die Bereitschaft für bzw. gegen eine Mehrkindfamilie fördern, bisher sehr begrenzt. Linda Lux richtete den Blick daher auf den Übergang zum dritten Kind, und zeigte, dass sowohl die Partnerschafts- als auch Fertilitätsbiografie bei der Entscheidung für ein drittes Kind eine wesentliche Rolle spielen. (Bild: Christine Geserick)

senschaftler aus dem BiB beteiligt waren. So untersuchte Linda Lux (zusammen mit Robert Naderi und Dr. Martin Bujard) auf der Basis aktueller Daten Einflussfaktoren beim Übergang zum dritten Kind. Vor dem Hintergrund eines dauerhaft niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland wies sie darauf hin, dass der zentrale Treiber des Geburtenrückgangs in der rückläufigen Zahl kinderreicher Familien (mit drei und mehr Kindern) liegt. Auf der Suche nach Ursachen hatte die deutsche Forschung bisher stärker das Thema Kinderlosigkeit und weniger das Thema Kinderreichtum beachtet.

In ihrer Analyse konzentrierte sie sich auf der Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels sowie des Mikrozensus daher auf die individuellen Einflussfaktoren bei einheimischen Frauen und jenen mit Migrationshintergrund beim Übergang zum dritten Kind. Bisherige Forschungsansätze haben gezeigt, dass aus internationaler Sicht zu den nachweislichen Einflussfaktoren vor allem die bisherige Fertilitätsbiografie, die Herkunftsfamilie, die Partnerschaftsbiografie, die religiöse Sozialisation und die Bildung zählen. Ihre Befunde belegen einen Zusammenhang zwischen dem Herkunftsland und der Wahrscheinlichkeit, ein drittes Kind

zu bekommen. So haben Frauen aus überwiegend muslimisch geprägten Ländern eine höhere Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt, betonte Frau Lux. Zudem wirkt sich auch die Partnerschaftsbiografie aus: Demnach erhöht ein neuer Partner nach dem zweiten Kind die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt. Hingegen sind die Ergebnisse bezüglich des Einflusses der Bildung unterschiedlich zu denen in anderen Ländern: In Deutschland zeigte sich ein negativer Bildungsgradient und kein u-förmiger Zusammenhang. „Dieser ist stabil über die Gruppen und Kohorten hinweg und unabhängig vom Migrationshintergrund“, bestätigte Frau Lux. Widerlegt wurde auch eine Interaktion zwischen Bildung und Migrationshintergrund: Es zeigte sich, dass ein geringes Bildungsniveau den positiven Effekt des Migrationshintergrundes bei Frauen aus überwiegend muslimisch geprägten Ländern nicht verstärkt. Insgesamt wird deutlich, dass vor allem die Fertilitätsbiografie und der Migrationshintergrund entscheidenden Einfluss auf den Übergang zum dritten Kind haben, resümierte Frau Lux. Dagegen weisen Einflussfaktoren wie Erwerbstätigkeit oder Einkommen, die beim Übergang zum ersten oder zweiten Kind von besonderer Bedeutung sind, bei dem Übergang zum dritten Kind keinen signifikanten Einfluss auf.

Erwerbsbedingte Multilokalität und Familienentwicklung

Wie hängt erwerbsbedingte Multilokalität mit dem Fertilitätsverhalten zusammen? Mit dieser Frage beschäftigte sich BiB-Wissenschaftler Thomas Skora (in Zusammenarbeit mit Dr. Heiko Rüger). Er gab zunächst einen Überblick über verschiedene Formen erwerbsbedingter Multilokalität. Grundlegende Merkmale erwerbsbedingter Multilokalität sind das wiederkehrende Pendeln zwischen mehreren Wohnungen oder Unterkünften sowie eine häufige Abwesenheit über Nacht vom Lebensmittelpunkt aus beruflichen Anlässen. Dabei können verschiedene Formen erwerbsbedingter Multilokalität differenziert werden, erläuterte Skora: So gibt es die sogenannten „Übernachter“, und als Unterformen davon die Wochenendpendler (Shuttler) und die Vari-Mobilen (Dienstreisende, mobile Berufe). Mit betrachtet wurden in seiner Analyse zudem berufsbedingte Fernbeziehungen von Paaren.

Auf der Basis von Daten der europäisch-vergleichenden Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ untersuchte der Soziologe die Verbreitung dieser multilo-



Immer mehr Menschen werden aus beruflichen Gründen mobil – und das hat Folgen für die Partnerschaft und das Familienleben. Thomas Skora untersuchte eine Form der Mobilität: erwerbsbedingte Multilokalität und deren Zusammenhang mit dem Fertilitätsverhalten aus geschlechterspezifischer Perspektive. Dabei wurde deutlich, dass vor allem die Frauen Probleme bei der Vereinbarkeit von beruflich veranlasster Abwesenheit und der Elternschaft haben. Aber auch bei den Männern scheint ein Umdenken stattzufinden.

(Bild: Christine Geserick)

kalen Mobilitätsformen. Er kam zu dem Ergebnis, dass in den sechs einbezogenen Ländern (Deutschland, Frankreich, Spanien, Schweiz, Polen und Belgien) etwa 5 % der Erwerbspersonen von erwerbsbedingter Multilokalität betroffen sind. Allerdings ist davon auszugehen, dass dieser Wert die Verbreitung bzw. Relevanz des Phänomens tendenziell unterschätzt. Hierauf deuten mitunter ergänzende Berechnungen auf Basis des Mikrozensus, die für Deutschland einen etwas höheren Anteil an berufsbedingten Wochenendpendlern ausweisen als die Berechnungen auf Basis der Job Mobilities-Studie. Insgesamt sei davon auszugehen, dass die Verbreitung berufs-

bedingter Multilokalität weiter zunehmen wird. Berufsbedingte Abwesenheiten von zuhause können jedoch mit der Elternrolle in Konflikt stehen, wie unter anderem seine Auswertung von Daten des deutschen Familien- und Beziehungspanels (pairfam) offenbarte. Grundsätzlich sei ein wechselseitiger Zusammenhang denkbar, nach dem erwerbsbedingte Multilokalität familienbezogene Entscheidungen beeinflusst, die ihrerseits das Mobilitätsverhalten beeinflussen. Dabei ist insbesondere für Frauen eine häufige beruflich veranlasste Abwesenheit nur schwer mit Elternschaft zu vereinbaren, verdeutlichten die Analysen von Skora. So ist für Frauen eine deutliche Reduktion von berufsbedingten Abwesenheiten über Nacht feststellbar, nachdem sie ein erstes Kind geboren haben. Demgegenüber wurde die Annahme, dass berufsbedingtes Übernachten von Frauen andererseits auch die Neigung zur Familiengründung reduziert, nicht bestätigt. Die vorgestellten Befunde zeigen darüber hinaus erstmals auch für Männer einen negativen Einfluss der Familiengründung auf ihre Bereitschaft, über Nacht aus beruflichen Gründen abwesend zu sein.

Tagungsband zur 5. Konferenz geplant

Wie bei den vorangegangenen Familienkongressen wird auch dieses Mal ein Tagungsband mit den Vorträgen erscheinen, in dem die diskutierten Themen nachgelesen werden können.

.....
Bernhard Gückel; Mitarbeit: Jasmin Passet-Wittig, BiB



Infos rund um die Konferenz unter

<http://www.family.science.eu>



Demografische Gemeinsamkeiten und Unterschiede in drei Ländern: Erkenntnisse vom Demografentreffen 2017 in Neuchâtel

In Deutschland, der Schweiz und Österreich ist die Bevölkerungszahl zwischen 2011 und 2015 angestiegen. Ein Hauptgrund dafür ist vor allem die verstärkte Zuwanderung, wie beim Demografentreffen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den drei Ländern in Neuchâtel deutlich wurde. Das traditionelle Treffen, an dem auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem BiB und dem Statistischen Bundesamt teilnahmen, fand zum mittlerweile 18. Mal statt. Dieser Beitrag stellt die BiB-Vorträge vor und gibt einen Einblick in die Themen der Konferenz.

Marcel Heiniger vom Schweizer Bundesamt für Statistik gab in seinem Eröffnungsvortrag einen Überblick über die aktuelle demografische Situation in den drei Ländern.

Auffällig ist dabei neben dem Anstieg der Bevölkerungszahl auch der wachsende Anteil älterer Menschen, der sowohl Deutschland als auch Österreich und die Schweiz betrifft. Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich dagegen bei der Zusammengefassten Geburtenziffer und dem Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt im Zeitraum zwischen 2011-2016 (für Deutschland 2015, da die Daten für 2016 bisher noch nicht vorliegen): Mütter in der Schweiz zeichnen sich durch das höchste Durchschnittsalter bei der Geburt aus (2015: 31,8 Jahre; 2016: 31,9). In Österreich und Deutschland sind sie hingegen etwas jün-



Welche demografischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede lassen sich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz erkennen? Marcel Heiniger (Schweizer Bundesamt für Statistik) wies darauf hin, dass vor allem der wachsende Anteil älterer Menschen in allen drei Ländern künftig weiter zunehmen wird. (Bild: BiB)

ger (Österreich 2015 und 2016: 30, 7 Jahre; Deutschland 2015: 31,0).

Deutschland mit niedrigster TFR der drei Länder

Die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) liegt in allen drei Ländern auf einem Niveau unterhalb des sogenannten notwendigen Reproduktionsniveaus von 2,1 Kindern je Frau. Allerdings hebt sich die Schweiz hier et-

was ab: Zwischen 2011 und 2016 (geschätzt) lag sie kontinuierlich zwischen 1,52 bis 1,54 (2015) Kindern. Deutschland bewegte sich in einer Bandbreite zwischen 1,39 (2011) und 1,5 Kindern im Jahr 2015 und konnte somit hier einen leichten Anstieg vorweisen. In Österreich gab es ebenfalls einen

leichten Anstieg der TFR von 1,43 (2011) auf 1,53 Kinder (2016). Entscheidend für den Bevölkerungsanstieg war allerdings in erster Linie die Zuwanderung, wie Heiniger zeigte: So nimmt der Kurvenverlauf bei der rohen Einwanderungsziffer (Einwanderungen je 1.000 Einwohner) zwischen 2014 und 2015 vor allem in Deutschland und Österreich einen steilen Anstieg, bevor er ab 2015 in Österreich wieder abrupt zurückgeht. Dagegen zeigt der Einwanderungsverlauf in die Schweiz keine nennenswerten Ausschläge nach oben oder unten. Allerdings setzt ab dem Jahr 2013 eine Abwärtsbewegung bei der Einwanderungsziffer ein, die sich kontinuierlich fortsetzt.

Geburtenrückgang und (leichter) Geburtenanstieg: Ursachen und Potenziale

Ob es noch Faktoren gibt, die zum Geburtenrückgang in Deutschland beigetragen haben und nicht hinlänglich in der Fachliteratur diskutiert wurden, untersuchte Dr. Detlev Lück (BiB). Er wies darauf hin, dass es noch Klärungsbedarf hinsichtlich des in den 1960er Jahren abrupt einsetzenden Rückgangs von Kinderreichtum gibt. Schließlich lieferten die meisten theoretischen Erklärungsansätze plausible Erklärungen vor allem dafür, dass vermehrt Menschen kinderlos blieben, also dass erste Geburten ausbleiben. Allerdings ist zumindest in Deutschland der Geburtenrückgang empirisch auch maß-



Immer weniger Familien mit drei und mehr Kindern: Welche Ursachen dieser Trend in Deutschland haben könnte, analysierte Dr. Detlev Lück. (Bild: BiB)

geblich dadurch gekennzeichnet, dass Kinderreichtum seltener wird, dass also *dritte* und „höhere“ Geburten ausbleiben. „Diese zwei (Teil-)Prozesse verlaufen nicht genau synchron und haben sehr wahrscheinlich zum Teil unterschiedliche Ursachen“, betonte Dr. Lück. Damit stellt sich die Frage, wie sich dieses Phänomen sinnvoll erklären lässt. Eine große Rolle könnte dabei die Etablierung einer Zwei-Kind-Norm Anfang bis Mitte der 1960er Jahre spielen, sagte Lück. Dieser kulturelle Wandel hat wahrscheinlich verschiedene Ursachen, wobei sich in Inhaltsanalysen von Zeitungen aus dieser Zeit vor allem Hinweise dafür zeigen, dass die Angst vor Übervölkerung als eine Hauptursache in Betracht gezogen werden muss. Entscheidend ist auch, dass sich die Zwei-Kind-Norm und eine latente Stigmatisierung von Kinderreichtum seitdem kulturell verselbständigt haben und (trotz mittlerweile niedriger Geburtenraten) bis heute sozial reproduziert werden, wie auch aus der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland hervorgeht.

Der Geburtenanstieg in Deutschland und seine Potenziale

Die Zunahme der Geburten in Deutschland seit 2012 und die damit verbundenen Potenziale untersuchte Olga Pötzsch vom Statistischen Bundesamt. Aus der Periodenperspektive gehe der Geburtenzuwachs vor allem auf drei temporäre Effekte zurück. So gab es eine verstärkte Kompensation der niedrigen Fertilität im jungen gebärfä-

higen Alter durch die späten 1970er und 80er Jahrgänge unter günstigen Rahmenbedingungen. Hinzu kamen mehr potenzielle Mütter im gebärfähigen Alter mit der höchsten Geburtenhäufigkeit aufgrund der Zuwanderung und der Altersstruktur. Schließlich erhöhte sich die Geburtenzahl bei den Ausländerinnen der neuen Zuwanderungswelle, erläuterte Frau Pötzsch.

Mit Blick auf die Kohortenperspektive stellte sie fest, dass sich der rückläufige Trend in der Entwicklung der endgültigen Kinderzahl je Frau nicht mehr fortsetzt. So kann mittelfristig von einer stabilen Kohortenfertilität ausgegangen werden. Ein Anstieg auf über 1,6 Kinder je Frau ist aus ihrer Sicht unwahrscheinlich, da die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter stabil ist und nur geringfügig um 2 Kinder je Frau schwankt. Zwar hat sich die endgültige Kinderlosenquote, insbesondere in Westdeutschland, stabilisiert. Der temporäre Kinderlosenanteil bei den jüngeren Jahrgängen weist allerdings darauf hin, dass die Kinderlosigkeit mittelfristig kaum unter 20 % sinken wird. Eine große Unbekannte ist dabei die Zuwanderung, da die Fertilität in Deutschland ohne den Beitrag der Ausländerinnen noch niedriger wäre. Für die Einschätzung der künftigen Entwicklung muss deshalb beachtet werden, dass die Fertilität der Ausländerinnen in der Kohortenperspektive leicht rückläufig ist. Darüber hinaus spielt der Bildungsstand der Ausländerinnen eine Rolle: Je höher dieser ist, desto weniger weicht deren Fertilität vom Geburtenniveau der deutschen Frauen ab. Letztlich hängt der Einfluss der Migration auf die Fertilität in Deutschland von der Art der Zuwanderung und der Aufenthaltsdauer der Migrantinnen ab, lautete ihr Fazit.

Kleinräumliche Fertilitätsunterschiede in Berlin

Dr. Jürgen Dorbritz näherte sich dem Thema Fertilitätsunterschiede aus einer kleinräumlicheren Perspektive. Er analysierte in seinem Vortrag die Fertilitätsdifferenzierungen im Raum Berlin in 59 Regionen, für die sowohl demografische als auch sozialstrukturelle Daten vorliegen. Die Resultate weisen auf starke Unterschiede zwischen der zusammengefassten Geburtenziffer, der Nichtehelichenquote, dem Gebäralter und den altersspezifischen Verteilungen der Geburtenziffern hin. Dieses Zusammenspiel der Indikatoren führt zu einer ganzen Reihe spezifischer Fertilitätsmuster, die sich weiter ausdifferenzieren, wenn die altersspezifischen ehelichen und nichtehelichen Geburtenziffern von Deutschen und Ausländern in



Es gibt noch immer Unterschiede in der Fertilitätsentwicklung zwischen Ost- und Westberlin – zumindest was eheliche und nichteheliche Fertilitätsmuster angeht: Dr. Jürgen Dorbritz untersuchte kleinräumliche Fertilitätsunterschiede und kam zu neuen Einsichten. (Bild: BiB)

den Analysen mit betrachtet werden, betonte er. So zeigt zum Beispiel der Blick auf die räumliche Verteilung, dass die zusammengefasste Geburtenziffer in den städtischen Randregionen höhere Werte erreicht als im Zentrum. Bei der Ost-West-Betrachtung fällt zudem auf, dass der Westen durch eine hohe eheliche Fertilität und der Osten Berlins durch eine hohe nichteheliche Fertilität gekennzeichnet ist. Somit muss die Frage, ob sich die DDR-typischen Fertilitätsmuster in Berlin bewahrt haben, an dieser Stelle eher mit „Ja“ beantwortet werden. Er wies allerdings darauf hin, dass die Ergebnisse der Studie nicht alle der vermuteten Zusammenhänge bestätigten: So trifft für Berlin die Annahme nicht durchgängig zu, dass die Fertilität der Ausländer höher ist als die der Deutschen. Es gibt hier nämlich Prognoseregionen, in denen die Fertilität der Deutschen höher ist, so Dr. Dorbritz.

Entwicklung des Wochenendpendelns in Deutschland bisher unterschätzt?

Die Zahl der Erwerbstätigen, die aus beruflichen Gründen pendeln, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nicht immer lässt sich die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort mit täglichem Fernpendeln bewältigen.

So zwingen größere Distanzen in vielen Fällen zu einem (Familien-)Umzug oder zu einer Zweitunterkunft in der Nähe des Arbeitsortes. In letzterem Fall pendeln die Betroffenen dann an den Wochenenden zu ihrem Hauptwohnsitz. Angesichts einer geringen Zahl von Untersuchungen zum Wochenendpendeln von Erwerbstätigen in Deutschland präsentierte Dr. Heiko Rüger Analysen auf der Grundlage der Mikrozensus zwischen 1991 bis 2012. Dabei interessierten ihn vor allem die soziodemografischen, beruflichen sowie raumbezogenen Merkmale, die die Wahrscheinlichkeit des Wochenendpendelns beeinflussen und ob sich geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen lassen.

Die Analysen belegen eine kontinuierliche Zunahme des Wochenendpendelns von 0,34 % im Jahr 1991 auf 1,02 % 2008 – vor allem bei den Männern und in Ostdeutschland. Allerdings zeigte sich im Jahr 2012 ein deutlicher Rückgang auf 0,42 %. Dies dürfte in erster Linie auf methodische Gründe zurückzuführen sein, vermutete Dr. Rüger. Innerhalb der multivariaten Analyse lassen sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen nachweisen: So ist der typische Wochenendpendler männlich, nicht verheiratet, mit Hauptwohnsitz in Ostdeutschland. Das typische weibliche Pendant ist zwischen 25 und 34 Jahre alt, Akademikerin und ebenfalls nicht verheiratet. Zudem ist das Wochenendpendeln bei den Frauen stärker alters-, bildungs- und lebensform-



Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort: Dr. Heiko Rüger betrachtete eine spezifische Form berufsbedingter räumlicher Mobilität: das Wochenendpendeln. (Bild: BiB)



abhängig, betonte der Soziologe. Seine Ergebnisse legen nahe, dass die Verbreitung des Wochenendpendelns im betrachteten Zeitraum bisher vermutlich eher unter- als überschätzt wurde.

Körperliche Fitness im Alter: Deutschland und Vietnam im Vergleich

Gibt es Unterschiede bei der körperlichen Fitness im Alter in der europäischen und asiatischen Kultur? Kann das jeweilige sozio-kulturelle Umfeld als Prädiktor für motorische Fähigkeiten und die subjektive Gesundheit dienen? Mit dieser Frage beschäftigte sich Dr. Volker Cihlar auf der Basis von Analysen der sportmotorischen Fähigkeiten und der subjektiven Gesundheit 60- bis 90-Jähriger aus Deutschland und Vietnam. Die Ergebnisse belegen eine höhere (im Niveau) und stabilere (über die Altersgruppen) körperliche Leistungsfähigkeit in der vietnamesischen Stichprobe. So zeigten sich hier positivere Werte in den für die Gesundheit und die Selbstständigkeit zentralen Variablen als in der deutschen Stichprobe. Die Ursache dafür könnte in einem „Ruhestands-Cut“ in Deutschland begründet liegen, vermutete Dr. Cihlar. So scheint die Einbindung Älterer in die Gesellschaft, wie sie in Vietnam vorhanden ist, förderlich für die körperliche Leistungsfähigkeit zu sein. Er zog daraus den Schluss, dass sozial-strukturelle und wohlstandsbedingte Gege-

benheiten einen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der Älteren aufweisen können.

Transnationale Familien im Krisen- und Fluchtcontext: Eine Forschungslücke

Quantitative Forschung zum Thema Flucht und Migration aus Krisenstaaten gibt es vor allem von deutscher Seite bisher wenig. So konzentrieren sich laufende Forschungsprojekte in Deutschland und international meist auf Fragen der Integration und des Settlements. Der Fokus liegt dabei auf dem migrierenden Individuum und weniger auf den transnationalen Beziehungen und Austauschprozessen, erläuterte Dr. Lenore Sauer. Auf der anderen Seite gibt es zwar umfangreiche Forschungen zu transnationalen Beziehungen (speziell zu transnationalen Familien), die allerdings den Fokus auf etablierte Migrantengruppen legen. Zu Flüchtlingen gibt es in diesem Zusammenhang kaum Studien, sagte Frau Dr. Sauer. Sie stellte die Konzeption eines neuen Projektes vor, das die vorhandenen Forschungslücken aus beiden Forschungsrichtungen schließen soll. Dabei soll es darum gehen, Typologien transnationaler Familien zu erstellen sowie die Entstehungs- und Veränderungsprozesse transnationaler Familien zu erforschen. Dazu zählen etwa familiäre Alltagspraktiken und Austauschprozesse innerhalb der Familien. Auch die Analyse der sozialen Vernetzung im Auf-



Wirkt sich Leben in unterschiedlichen Kulturen auf die körperliche Leistungsfähigkeit im Alter aus? Dieser Frage ging Dr. Volker Cihlar am Beispiel von Deutschland und Vietnam nach. (Bild: BiB)



Transnationale Familien im Blick: Dr. Lenore Sauer stellte die Konzeption für ein neues Forschungsprojekt zu krisenbedingter Migration und transnationalen Familien vor. (Bild: BiB)



nahmeland wird dabei eine Rolle spielen. Zielgruppe des Projekts sind Staatsangehörige aus Eritrea und Syrien im Alter von 18 bis 45 Jahren mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 5 Jahren. Basis der Stichprobenziehung der quantitativen Studie ist das Ausländerzentralregis-

ter. Zusätzlich sollen weitere Personen aus diesen Staaten im Rahmen einer qualitativen Studie befragt werden, so Dr. Sauer.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur aus dem BiB

Brenton Wiernik; Heiko Rüger; Deniz Ones (Hrsg.): Managing Expatriates. Success Factors in Private and Public Domains. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft Band 50. Barbara Budrich Publishers Wiesbaden 2018

Mit der voranschreitenden Globalisierung der Weltwirtschaft werden Beschäftigte für Auslandsentsendungen zu einem zunehmend wichtigen Teil der globalen Strategie von Organisationen. Dabei bieten die internationalen Aufgaben eine Fülle von Herausforderungen für die Beschäftigten. Neben der beruflichen Aufgabenvielfalt müssen auch häufige Jobwechsel logistisch familiär bewältigt werden.

Die 17 Beiträge dieses Bandes untersuchen daher die Beschäftigung als Auslandsentsandter aus unterschiedlichen Perspektiven. Dazu zählen die Faktoren individuelle psychologische Voraussetzungen, Alter und Erfahrung, Training und Vorbereitung sowie soziale und organisatorische Unterstützung. Auf der Basis von umfangreichen Langzeitstudien aus dem öffentlichen und privaten Sektor werden somit wertvolle Einblicke zum theoretischen Verständnis und dem praktischen Management beim Umgang mit dieser Beschäftigungsform gegeben.



Eine ausführliche Vorstellung des Bandes inklusive eines Interviews mit einem der Herausgeber, Dr. Heiko Rüger, erscheint in der Ausgabe 1/2018 von Bevölkerungsforschung Aktuell.

Jürgen Dorbritz; Jörn Ehlert; Kai Dreschmitt (2017): Kleinräumliche Fertilitätsdifferenzierungen in Berlin und ihre Ursachen. BiB Working Paper 1/2017. Wiesbaden

In den untersuchten 59 Prognoseregionen im Raum Berlin haben frühere Analysen gezeigt, dass hier besondere altersspezifische Fertilitätsmuster bestehen, die aus einer Kombination unterschiedlicher Fertilitätsniveaus, Nichtehelichenquoten und Gebäralter bestehen.

Ziel der Untersuchung auf der Basis von Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ist es daher, anhand der sehr kleinräumlichen Berliner Prognoseregionen innerstädtische Differenzierungen im generativen Verhalten aufzuzeigen und zu erklären.

Insgesamt bestätigen die Analysen eine außerordentliche Differenziertheit der Fertilitätsmuster in den Prognoseregionen. So existieren deutliche Unterschiede zwischen der zusammengefassten Geburtenziffer, dem Gebäralter sowie der Nichtehelichenquote. Daraus resultiert eine Vielzahl an verschiedenen Fertilitätsmustern. Gleichzeitig werden nicht alle vermuteten Zusammenhänge bestätigt – etwa was die Höhe der Fertilität von Ausländern im Vergleich zu Deutschen in Berlin angeht.



@ Verlagsinformation zum Buch
<https://shop.budrich-academic.de/produkt/managing-expatriates/?v=3a52f3c22ed6>



Evelyn Gründheid (2017):

Wandel der Lebensformen in Deutschland.

BiB Working Paper 2/2017. Wiesbaden

Das Zusammenleben der Menschen zeichnet sich seit Jahrzehnten durch eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen aus. Dabei haben die seit geraumer Zeit erkennbare Verschiebung von Ehe und Familiengründung in ein immer höheres Lebensalter sowie die Enttabuisierung nichtehelicher Lebensformen zu deutlichen Veränderungen der anteilmäßigen Verteilung zwischen den Lebensformen geführt. Ein neues Working Paper des BiB widmet sich dieser Entwicklung und informiert über aktuelle Trends zur Entwicklung der Lebensformen in den letzten beiden Jahrzehnten in Deutschland. Es zeigt auch, dass die Ehe nach wie vor die am weitesten verbreitete Lebensform darstellt.

Allerdings hat sich innerhalb dieser Lebensform eine erhebliche Verschiebung zugunsten des verheiratet Zusammenlebens ohne Kinder vollzogen. Die Ursache hierfür liegt sowohl in den geringeren Kinderzahlen als auch in der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung, denn ältere Personen sind häufiger verheiratet als jüngere und leben dann ohne Kinder im Haushalt. Dagegen gibt es bei den Jüngeren Zuwächse bei den Lebensgemeinschaften und den Alleinlebenden.

Insgesamt belegen die Analysen den Trend des Aufschubs von Ehe und Familie in ein immer höheres Lebensalter. Zugleich prägen die nichtehelichen Lebensformen den Lebenslauf immer länger. Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben sich auch als Alternative zur Ehe zu einer gesellschaftlich anerkannten und akzeptierten Form des Zusammenlebens entwickelt – so lebte 2015 etwa jede/jeder Fünfte im Altersbereich zwischen 25 und 35 Jahren in solch einer Lebensform.

Dabei verläuft der Wandel der Lebensformen unter regionalen Aspekten keineswegs einheitlich, wie die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen. Insbesondere in Ostdeutschland haben die demografischen Veränderungen nach der Wiedervereinigung die Lebensformen geprägt. Darüber hinaus zeigen sich auch im Hinblick auf die Größe der Wohnorte Unterschiede: Beispielsweise ist die Lebensform Alleinlebend in städtischen Regionen erheblich weiter verbreitet als in kleineren ländlichen Gemeinden.



Download Working Paper unter

http://www.bib-demografie.de/DE/Veroeffentlichungen/WorkingPaper/working_paper_node.html;jsessionid=FB4E2306D3AC86E07F7DD-9622BA85CCD.2_cid389

Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Nikola Sander (2017):

Germany: internal migration within a changing nation.

In: Tony Champion; Thomas Cooke; Ian Shuttleworth: Internal Migration in the Developed World. Are we becoming less mobile?

Routledge New York 2018

Wie haben sich die Binnenwanderungsmuster in Deutschland zwischen 1995 und 2010 verändert und welche Trends werden im internationalen Vergleich sichtbar? Dieser Frage geht Nikola Sander in einem Beitrag nach.

Die Entwicklung der Binnenwanderung in Deutschland kurz nach der Wiedervereinigung war zunächst bestimmt von einer starken Abwanderungsbewegung von den östlichen in die westlichen Bundesländer. Ursache dafür

waren vor allem die großen Disparitäten in der ökonomischen Entwicklung, den Arbeitsmarktstrukturen sowie den erwarteten Jobaussichten. Mit dem Abschwächen dieser Unterschiede in den folgenden Jahren ebnete auch der Wanderungsstrom nach Westdeutschland bis hin zu einem geringfügigen Nettoverlust von Ost nach West Mitte der 2000er Jahre ab.

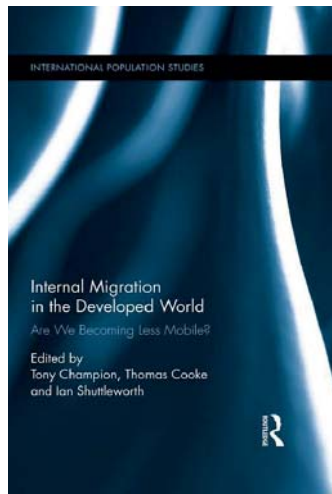
Seit den 1990ern wurde in einigen westlichen Industriestaaten, allen voran den USA, ein gradueller Rückgang der Binnenwanderung verzeichnet. Der Sammelband widmet sich der Frage, ob sich dieser Trend hin zu weniger Mobilität verallgemeinern lässt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung der Binnenwanderung untersucht der Beitrag, ob es zu einer generellen Reduktion der Binnenwanderungszahlen in Deutschland seit der Wiederver-



einigung (parallel zum Rückgang der Ost-West-Wanderung) gekommen ist.

Die Resultate zeigen, dass sich der Trend hin zu weniger Mobilität in Deutschland nicht empirisch belegen lässt. Die Intensität der Binnenwanderung auf Kreisebene ist zwischen 1995 und 2010 sehr stabil verlaufen und auf einem signifikant niedrigeren Niveau im Vergleich zu vielen anderen Ländern – inklusive den USA, Australien, dem Vereinigten Königreich und Schweden. Diese Stabilität der Intensität bei der Binnenwanderung zwischen den Kreisen in Deutschland kann auf das Ansiedlungsverhalten, die Bedingungen am Wohnungsmarkt und die politische Landschaft zurückgeführt werden.

Dabei überdeckt die Stabilität der Binnenwanderung substantielle Variationen bei den altersspezifischen Trends: Während die Kernstädte in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen einen starken Anstieg des Wanderungssaldos verzeichneten, nahm der Wanderungsverlust der verdichteten und der ländlichen Kreise weiter zu. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Binnenwanderung in die urbanen Zentren von Erwachsenen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren im untersuchten Zeitraum kontinuierlich.



Andreas Mergenthaler (2018):

Gesundheitliche Ungleichheiten in der zweiten Lebenshälfte. In: Klaus R. Schroeter; Claudia Vogel; Harald Künemund (Hrsg.): Handbuch Soziologie des Alter(n)s. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Wirken sich Faktoren wie die soziale Schichtzugehörigkeit auf Unterschiede beim Gesundheitszustand im höheren Lebensalter aus? In seinem Beitrag untersucht Andreas Mergenthaler unter anderem diese Frage und gibt einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand.

Die Gesundheit im höheren Erwachsenenalter wird von vielen Faktoren beeinflusst: Neben biologischen Alternsprozessen auch von psychischen und sozialen Merkmalen. Zudem weisen zahlreiche Studien aus der Gesundheitsforschung auf eine mit dem sozioökonomischen Status verknüpfte Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit hin. Darüber hinaus sind auch geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Gesundheit und der Lebenserwartung sowie zwischen migrierten und nichtmigrierten Bevölkerungsgruppen von großer Relevanz für moderne Gesellschaften. Diese Disparitäten werden in der internationalen Forschung als „health inequalities“ bezeichnet. In Deutschland wird dies unter dem Terminus „sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheiten“ diskutiert. Der Beitrag greift diese Diskurse auf und konzentriert sich vor allem auf die zweite Lebenshälfte. Es werden theoretische und konzeptionelle Ansätze vorgestellt mit besonderer Beachtung der Lebenslauf-Perspektive als allgemeinem heuristischem Rahmen. Dazu wird ein Überblick zum Forschungsstand gegeben und eine kritische Bestandsaufnahme gezogen, in der auch die Defizite der Forschung deutlich werden.



Verlagsinformation zum Buch

<https://www.routledge.com/Internal-Migration-in-the-Developed-World-Are-we-becoming-less-mobile/Champion-Cooke-Shuttleworth/p/book/9781472478061>

Übersetzung bzw. Texte: Bernhard Gückel, BiB



Verlagsinformation zum Buch

<https://link.springer.com/referencework/10.1007%2F978-3-658-09630-4>



Comparative Population Studies – News

Neue Beiträge online erschienen

Sebastian Demski, Andreas Schulze Bäing, Olivier Sykes:
What about the Urban Periphery? The Effects of the Urban Renaissance in the Mersey Belt

Seit dem Ende der 1990er Jahre haben die Städte im Vereinigten Königreich eine Renaissance erfahren, die sich auch auf die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie ausgewirkt hat. Im Zuge dieser Urbanisierungsprozesse haben sich nicht nur die Städte verändert, sondern auch die urbanen Randgebiete außerhalb der großen Agglomerationen. Sie sahen sich neuen Herausforderungen durch diese Reurbanisierungstrends ausgesetzt. Der Artikel untersucht vor diesem Hintergrund den Reurbansierungsprozess im sogenannten Mersey Belt, also dem Ballungsraum rund um Manchester und Liverpool.

Dazu wird auch die Reaktion der örtlichen Behörden in den Randgebieten dieser Regionen, die mit den Anforderungen und Veränderungen des neuen urbanen Zeitalters zu ringen haben, analysiert. Auf der Basis georäumlicher Analysen mit demografischen, sozialen und ökonomischen Indikatoren zur Darstellung von Veränderungen im Mersey Belt seit dem Beginn des Jahrtausends wird belegt, dass es starke Hinweise auf Reurbansierungstendenzen im Mersey Belt gibt. Beide betrachteten Kernstädte erfuhren demnach im Vergleich zu ihrem lokalen Umland hohe Wachstumsraten – besonders in ihren Zentren. Im Zuge dieser urbanen Renaissance in den Regionen um Manchester und Liverpool gibt es allerdings Risiken für eine Vielzahl von Gebieten an der urbanen Peripherie durch die Abwanderung in die großen Städte und damit die Gefahr eines weiteren sozio-ökonomischen Rückgang in diesen Regionen – bis hin zu dauerhaften Existenznöten.

Doris Hanappi, Isabella Buber-Ennser:
When Paid Work matters for Fertility Intentions and Subsequent Behaviour: Evidence form Two Waves of the Austrian Gender and Generation Survey

Die Verknüpfung der ökonomischen Bedingungen mit dem Fertilitätsverhalten gehört zu den klassischen Themen der demografischen Forschung. Zahlreiche Forschungsansätze zur Vorhersage von Fertilitätsdynamiken basieren auf der Idee, dass ökonomische Entbehrungen und Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt die Menschen dazu verleiten, ihre Absicht, Kinder zu bekommen, verschieben. Dabei wirkt sich ein erwarteter Jobverlust und materielle Unsicherheit ebenso aus wie Arbeitslosigkeit.

Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag mithilfe der Daten zweier Erhebungswellen des österreichischen Generations and Gender Surveys (GGG) den Einfluss der wahrgenommenen ökonomischen Unsicherheit und der Bedeutung von Erwerbstätigkeit auf die Fertilitätsentscheidung, die -absichten und das -verhalten über einen Zeitraum von drei Jahren.

Die Ergebnisse belegen, dass Erwerbstätigkeit und der damit verbundene Nutzen dann an Bedeutung gewinnen, wenn sie unsicher sind. Insbesondere bei den Männern führt materielle Unsicherheit zu einem Rückzug, wenn es um das Kinderhaben geht. Bei den Frauen wirkt sich dagegen vor allem ein befürchteter Jobverlust hemmend auf die Realisierung ihrer Fertilitätsabsicht aus.



Download der Beiträge unter

<http://www.comparativepopulationstudies.de>



Vorträge

Dr. Martin Bujard: Familienpolitische Reformen und das Wohlbefinden von Familien

Kann Familienpolitik die Geburtenrate beeinflussen? Wie kann sie zum Wohlbefinden von Familien, die sich in einer Rushhour des Lebens zwischen Beruf und Familienleben befinden, beitragen? Mit diesen Fragen befasste sich **Dr. Martin Bujard** bei den 6. Hohenheimer Tagen der Familienpolitik am 14. November 2017 in Hohenheim. Er stellte zunächst wesentliche Ziele aktueller familienpolitischer Maßnahmen wie etwa die Einführung des Elterngeldes und den Ausbau der Kinderbetreuung vor. Dabei zeichnete er den politischen Prozess des Agenda-Settings der Themen Elterngeld und Kita-Ausbau nach und analysierte auf der Basis einer Inhaltsanalyse die medialen Reaktionen auf die beabsichtigten Ziele des Elterngeldes.

Bei der Frage, inwieweit Familienpolitik die Geburtenrate beeinflussen kann, verwies er auf zwei sich diametral entgegenstehende Thesen: Zum einen die Annahme, dass die Geburtenrate sich ähnlich wie das Wirtschaftswachstum politisch steuern lässt und zum anderen, dass sie sich eben nicht beeinflussen lässt, da Paare je nach individuellen Werten und Motiven entscheiden. Er vertrat hier die Ansicht, dass Familienpolitik sehr wohl Wirkungen entfalten kann. „Es wirken sich darüber hinaus aber auch kulturelle und ökonomische Faktoren auf die Geburtenentwicklung aus,“ betonte der Politologe. Eine wichtige Rolle spielt hier vor allem die Kinderbetreuung.

Grundsätzlich gilt zudem, dass die Wirkungen von Familienpolitik zeitverzögert eintreten und nicht sofort erkennbar werden. Allerdings werden Effekte durch widersprüchliche Maßnahmen gebremst. Eigene aktuelle Analysen haben bestätigt, dass eine Geburtenrate von 2,0 Kindern je Frau nur erreicht werden könnte, wenn die Zahl der Mehrkindfamilien zunehmen würde. Der Rückgang der kinderreichen Familien ist nämlich die Hauptursache für das sinkende Geburtenniveau in Deutschland – und nicht der gestiegene Anteil von Kinderlosen. Dass Familienpolitik wirkt, belegt nicht zuletzt auch der Anstieg des Arbeitsvolumens von Müttern um 23 % zwischen 2006 und 2016 sowie ein Anstieg der Geburtenzahlen bei den Akademikerinnen, sagte er.

Zielkonflikt Zeit für Beruf und Familie muss gelöst werden

Angesichts einer Rushhour in der Phase mit kleinen Kindern, in der die Belastung für die Eltern zwischen Berufsleben und Familienalltag extrem hoch ist, plädierte Dr. Bujard im Rahmen einer Vision der Zeitverteilung für Mütter und Väter für die politische Förderung des Konzepts eines «atmenden Lebenslaufs». Dabei würde sich beispielsweise die Arbeitszeit der Eltern während der ersten Jahre nach der Geburt des Kindes reduzieren und dann Schritt für Schritt mit zunehmendem Alter der Kinder wieder aufgeholt werden. Dadurch soll auch vermieden werden, dass Mütter in der Teilzeitfalle verbleiben. „Es muss darum gehen, diese Rushhour für die Familien zu entzerren und Eltern mehr Zeit geben. Dabei sollten auch Politik und Wirtschaft umdenken“, betonte er. Letztlich geht es hier nicht nur um eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeiten, sondern auch um ein Denken in längeren Arbeitszeiträumen. Um das elterliche Wohlbefinden zu fördern, ist es erforderlich, den Zielkonflikt Zeit für Familie und Arbeitsmarkt durch flexible Arbeitszeitmodelle im Lebensverlauf zu reduzieren“, resümierte Dr. Bujard. Das nutzt am Ende sowohl den gestressten Eltern als auch den Kindern und trägt zu einer höheren Lebensqualität bei.

Katrin Schiefer: Eine Bestandsaufnahme zur Vereinbarkeit: Kind und/oder Karriere?

Der Spagat zwischen Büro und Kinderzimmer belastet Mütter und Väter gleichermaßen. Damit stellt sich die Frage, mit welchen Maßnahmen Eltern in der Rushhour des Lebens entlastet werden können – also in einer Phase, in der sich die Vereinbarkeitsproblematik besonders drängend stellt. **Katrin Schiefer** präsentierte dazu in ihrem Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. am 29. November 2017 in Berlin einen Überblick über aktuelle Forschungsergebnisse und betrachtete dabei vor allem die familienpolitischen Möglichkeiten bei der Lösung bzw. Linderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich bezog sie aber auch die Betroffenen und ihre Wünsche sowie die gelebten Familienmodelle mit ein. „Das Thema war lange Zeit den Frauen vorbehalten, nun sind zunehmend auch die Väter betroffen, da sie vermehrt



Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Die Vereinbarkeitsproblematik betrifft sowohl Mütter als auch Väter gleichermaßen. Wie kann die Politik hier helfen? Welche Optionen bzw. Potenziale bestehen und wie können sie genutzt werden? Katrin Schiefer gab eine Bestandsaufnahme auf wissenschaftlicher Sicht. (Bild: BiB)

nach einer aktiven Vaterschaftsrolle streben“, machte Schiefer deutlich. Nach den Ergebnissen der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland wünscht sich eine Mehrheit junger Männer in Deutschland eine aktive Vaterrolle und mehr Zeit für die Familie, während die erwerbstätigen Mütter mehr Zeit für Erwerbsarbeit anstreben. Hinzu kommen erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: So meinen rund 42 % der Westdeutschen, dass ein Kleinkind höchstens vier Stunden pro Tag eine Kita besuchen sollte, während nur 18 % eine Dauer von mehr als sechs Stunden für sinnvoll halten. „In Ostdeutschland ist die Einschätzung genau umgekehrt: Hier befürworten rund 42 % eine Betreuungsdauer von mehr als sechs Stunden und nur 15 % von weniger als vier Stunden“, so Schiefer. Diese Unterschiede bestehen ebenfalls bei den Erwerbsmodellen bei Paaren und Singles mit Kindern. So praktizieren ostdeutsche Eltern signifikant häufiger das Doppelverdienermodell, während in Westdeutschland das Hinzuverdiener- bzw. das Alleinährermodell dominieren.

Verschärft wird die Vereinbarkeitsproblematik aus Sicht der Mütter und Väter durch geschlechtsspezifische Unterschiede, die allerdings nicht durch geschlechtsspe-

zifische Familienpolitiken aufgefangen werden. So werden die Frauen durch berufliche Pflichten belastet, weil sie sich weniger beteiligen können, als sie es sich wünschen und ihnen daher Karrierechancen vorenthalten bleiben. Dagegen empfinden die Männer die familiären Pflichten als Belastung, da sie die dafür gewünschte Zeit nicht aufbringen können und sich bei der Wahrnehmung familienfreundlicher Arbeitsmodelle stigmatisiert fühlen – zumal sich im Fall familienbedingter Erwerbsunterbrechungen die Karrierechancen für beide Geschlechter reduzieren, betonte die Politologin. Die (Un-)Vereinbarkeit hat darüber hinaus Folgen für den Lebensverlauf, besonders im Hinblick auf den Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern. Neben der Lohnlücke gibt es zudem eine Rentenlücke mit einem deutlich niedrigeren Altersrentenniveau bei den Frauen verglichen mit den Männern.

Diese Entwicklung führt zu der Frage, welche Möglichkeiten der Steuerung Familienpolitik überhaupt hat. Bisher hat sie auf die Vereinbarkeitsproblematik mit dem Konzept einer „nachhaltigen Familienpolitik“ reagiert, das einen Mix aus Zeitpolitik, Infrastrukturförderung und monetärer Unterstützung beinhaltet. Dabei wird sich nun stärker am Bedarf einzelner Familienmitglieder orientiert, statt sich auf einzelne Lebensformen zu konzentrieren. Somit entwickelt sich Deutschland langsam in Richtung des nordischen Familienpolitiktyps (mit einem stärkeren Fokus auf der Vereinbarkeit). Diese Transformationsphase ist aber vor allem in der Praxis noch nicht abgeschlossen. Zudem gibt es noch immer Inkonsistenzen, wie etwa das traditionelle Geschlechterrollen stabilisierende Ehegattensplitting zeigt.

Ein Potenzial für Maßnahmen gibt es aus der Sicht von Schiefer beispielsweise beim Rückkehrrecht und damit der Befreiung der Mütter aus der Teilzeitfalle – verbunden mit einer Ermutigung an die Väter, in Teilzeit zu gehen. Dazu können Angebote seitens des Arbeitgebers wie mobiles Arbeiten ebenfalls für eine Entspannung bei der Vereinbarkeitsproblematik sorgen.

Bernhard Gückel, BiB



Buch im Blickpunkt

Astrid Wonneberger; Katja Weidtmann; Sabina Stelzig-Willutzki (Hrsg.): Familienwissenschaft. Grundlagen und Überblick

Auch wenn der Forschungsgegenstand „Familie“ in Deutschland seit Jahrzehnten bereits mit interdisziplinären Ansätzen erforscht wird, ist eine gemeinsame wissenschaftliche Identität als eigenständige Fachdisziplin Familienwissenschaft mit entsprechender Universitätsausbildung bisher erst in Ansätzen zu erkennen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Familie ist vielmehr durch disziplinäre Sichtweisen geprägt. Schon allein über die Definition des Begriffs „Familie“ besteht keineswegs Einigkeit. Daher möchte der Band zur langfristigen Etablierung einer interdisziplinär geprägten Familienwissenschaft beitragen. Dazu bringt er die verschiedenen Begriffe, Ansätze, Theorien, Wissens- und Forschungsstände zusammen, um so eine Kommunikation zwischen den Einzeldisziplinen herzustellen und als Baustein zu einer familienwissenschaftlichen Fachgeschichte zu fungieren.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Familie im internationalen Vergleich

Im ersten Teil des Bandes steht die fachhistorische Beschäftigung mit dem Thema Familie im Fokus. Dazu geht der Blick über die deutsche Situation hinaus. Zunächst wird von *Astrid Wonneberger* die Geschichte, Etablierung und aktuelle Lage der Familienwissenschaft in den USA beleuchtet. Sie weist darauf hin, dass dieses Land, wenn es um die Bedeutung der Familienwissenschaft als relativ junger Disziplin geht, bei der Quantität und Qualität von Forschung zum Thema Familie international führend ist. Auf der Basis der historischen Darstellung einer nicht einmal hundertjährigen Forschungstradition wird gezeigt, dass trotz der Herausbildung einer eigenen Disziplin Familienwissenschaft institutionell nach wie vor eine große Bandbreite der Schwerpunkte und Ausrichtungen der verschiedenen Institute und Einrichtungen herrscht. Zudem befindet sich

bis heute der Gegenstand des Faches an der Schnittstelle unterschiedlicher Disziplinen, die sehr stark von ihren eigenen Traditionen und wissenschaftlichen Schwerpunkten geprägt sind. Trotz allem hat sich Family Science als eigenständige Disziplin im Land fest etabliert.

Dies lässt sich allerdings für Deutschland so nicht bestätigen, wie *Sabina Stelzig-Willutzki* und *Katja Weidtmann* skizzieren: Hier kann von einer eigenständigen Disziplin wie in den USA keine Rede sein. Die Gründe dafür sind vielfältig. So ist beispielsweise die deutsche Wissenschaft nicht geprägt durch eine Tradition enger interdisziplinärer Zusammenarbeit. Ein weiterer Aspekt betrifft die besondere deutsche Erfahrung während der Zeit des Nationalsozialismus, die zu einer gewissen „Sprachlosigkeit“ zum Thema Familie in der Nachkriegszeit geführt hatte. Dazu kam es zu einer einseitigen Prägung des Familienbegriffs durch das Ideal der bürgerlichen Kleinfamilie, verbunden mit einer Ausblendung der Vielfalt von vorhandenen Familienformen. Insgesamt gab es in der deutschen Forschungslandschaft der Nachkriegszeit eine gewisse Zurückhaltung, die Familie explizit in das Zentrum des Forschungs-

interesses zu rücken.

Das Bestreben, Familienwissenschaft als eigenständige Disziplin zu etablieren, ist nicht nur in Deutschland neu. Auch in der Schweiz wird dieses Ziel seit dem Jahr 2000 intensiver verfolgt, wie *Roland Fankhauser* und *Nadja Fischer* beschreiben. Dabei wird dort Forschung zum Thema Familie bereits seit Jahrzehnten betrieben. Allerdings gibt es erst seit jüngster Zeit eigenständige Studienprogramme an Universitäten.

Der Blick auf die weltweite Entwicklung des Faches bestätigt einen Zuwachs an familienwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Studiengängen, wie *Sabina*



Das Buch:
Astrid Wonneberger; Katja Weidtmann; Sabina Stelzig-Willutzki (Hrsg.): Familienwissenschaft. Grundlagen und Überblick
Springer Fachmedien
Wiesbaden 2018
ISBN: 978-3-658-17002-8 (Print)
ISBN 978-3-658-17003-5 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-17003-5



Stelzig-Willutzki in ihrem Überblick von Australien bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten zeigt. Zu beachten ist hier, dass die Sichtweisen und Bedeutungszuweisungen des Themas Familie sehr stark vom jeweiligen kulturell-regionalen Kontext geprägt sind.

Wie betrachten einzelne Disziplinen den Forschungsgegenstand Familie?

Im zweiten Teil des Bandes richtet sich der Blick nun auf die konkreten Einzeldisziplinen und welches Forschungsinteresse sie am Thema Familie haben. Begonnen wird mit einem Beitrag von *Rosemarie Nave-Herz*, die darauf hinweist, dass sich die **Familiensoziologie** im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland als eigenständige Disziplin herausgebildet hat. Nach einem historischen Abriss der Disziplin widmet sie sich dem Begriff Familie und stellt fest, dass es in der Familiensoziologie keine allgemein anerkannte Definition von Familie gibt. Grund dafür sind die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Ansätze und die jeweilige Favorisierung durch die Forscherinnen und Forscher. Nach einem Überblick über die theoretischen Ansätze der Familiensoziologie (und die Betonung ihrer Nähe zur Soziologie) wird auch ein Ausblick über aktuelle Themen dieser Fachrichtung gegeben. In besonderer Weise rücken dabei der familiäre Wandel und die quantitative Verteilung einzelner spezieller Familienformen und ihrer Probleme in den Vordergrund und dies vor allem im Zusammenhang mit einer kulturell-vergleichenden Perspektive. In jüngster Zeit werden darüber hinaus die familialen Generationenbeziehungen (unter dem Motto Transfers zwischen den Generationen) thematisiert. Ein besonders intensives Interesse gilt auch den Themen Geburtenrückgang und innerfamiliäre Arbeitsteilung. Methodisch hat sich die Familiensoziologie geradezu revolutionär weiterentwickelt.

Aus **geschichtswissenschaftlicher Sicht** entwickelte sich ein konzentrierter Blick auf den Gegenstand Familie erst spät. Waren es im 18. und 19. Jahrhundert vor allem Volkskundler und Philosophen, die sich mit dem Thema auseinandersetzten, so richtete sich der Blick seit den 1970er Jahren auf die Rolle der Familie im Geschichtsprozess, wie *Gunilla Budde* analysiert. Mit dem aufkommenden Interesse der Geschichtswissenschaft an historischen Strukturen und Prozessen veränderte sich somit auch der Blick auf die Familie als Forschungsgegenstand.

Für die **Ethnologie** hat das Thema Familie seit jeher einen großen Stellenwert. Alle auf der Welt bekannten Gesellschaften kennen die Familie, wie *Astrid Wonneberger* an diversen Beispielen aus ethnischen Gruppen auf der ganzen Welt belegt. Demnach bleibt die Familie als Forschungsgegenstand der Ethnologie von großem Interesse – gerade in Zeiten neuer Familienformen und der Ausgestaltung des Familienlebens im Zusammenhang mit Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen sowie Migrationsbewegungen rund um die Welt.

Für die **psychologische Forschung** ist die Familie ein relativ junges und zugleich „klassisches Querschnittsthema“ mit einer eigenen Subdisziplin: der Familienpsychologie. Diese untersucht vor allem die Beziehungen von und in Familien. Der Familie kommt hier beispielsweise in der Grundlagen- und Anwendungsforschung sowie für die Anwendungspraxis eine große Bedeutung zu – wenn auch gerne in noch stärkerem Maße als bisher, betont *Katja Weidtmann* in ihrem Überblick. Gesellschaftliche und soziodemografische Wandelungsprozesse, alternative Lebensformen, Krieg, Hunger und Migrationsbewegungen und ihre psychologischen Folgen für die Familie sind nur einige Themen für die künftige wissenschaftliche Arbeit. Dazu gehört auch die Frage, welchen Mehrwert diese Disziplin weiterhin für eine familienwissenschaftliche Herangehensweise an das komplexe Phänomen Familie entwickeln könnte.

Die Perspektive der **Erziehungswissenschaft** wiederum rückt die „Schaffung einer erzieherisch wirksamen familialen Lebenswelt bzw. Familienkultur sowie die Inszenierung des familialen Alltags und seine Ritualisierung“ in das Zentrum des Forschungsinteresses. Aufgrund der großen Bedeutung dieser Disziplin für die Familienforschung betont *Eva Matthes* die Eigenständigkeit der Erziehungswissenschaft in Verbindung mit Familie und plädiert für die Forcierung einer erziehungswissenschaftlichen Familienforschung: Demnach ist erzieherische Praxis für das gesellschaftlich-kulturelle Leben konstitutiv und findet ihren ersten Ort in der Familie. Daher lautet ihr Fazit: „Die Berücksichtigung einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive ist für eine multiperspektivisch bzw. multidisziplinäre Familienforschung ein Muss.“

Den spezifischen sozialpädagogischen Perspektiven **Sozialer Arbeit auf Familie** widmet sich *Matthias Eutenauer*. Mit seinem Überblick über die sozialpädagogische Forschung zur Familie macht er deutlich, dass auch



aus der sozialen Arbeit heraus eine große Bandbreite an familienbezogenen Themen erforscht wird. Dies bezieht sich nicht nur auf die sozialpädagogische Arbeit mit Familien, sondern es werden hier auch viele weitere interdisziplinäre Forschungsfelder berührt. Die Aufgabe einer sozialpädagogischen Ausrichtung muss es daher sein, ihre spezifischen Forschungsfelder klar zur Geltung zu bringen und sich für spezifische Fragestellungen zu positionieren – was ihr momentan nicht immer gelingt.

Welchen Stellenwert Familie in der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin genießt, macht *Christina Boll* am Beispiel der **Familienökonomik** deutlich. Sie zeigt, dass in diesem Bereich die Familie jenseits des Themas Fertilität bis in die 1950er Jahre kaum wahrgenommen wurde. Im Zuge tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und sozialer Umwälzungen (als Stichworte seien genannt: Geburtenrückgang, Verhältnis der Geschlechter, Anstieg der Müttererwerbstätigkeit, Pluralisierung der Lebensformen etc.) zwischen den 1950er und 1980er Jahren erfolgte ein Wandel im ökonomischen Denken: Nun rückten die haushaltsinternen Entscheidungsprozesse in den Fokus des ökonomischen Interesses, umschrieben als „Theorie rationaler Wahlhandlungen in familialen Belangen“. Anhand von drei großen Forschungsthemen innerhalb der Familienökonomik – Arbeitsteilung im Haushalt, Humankapital und Fertilitätsverhalten – wird die Denkweise dieser wissenschaftlichen Perspektive illustriert. Besonderen Einfluss hat dabei die Familienökonomik auf die Erklärung des Fertilitätsverhaltens erlangt. In diesem Modell werden Kinder als „dauerhafte Konsumgüter“ betrachtet, von denen beide Eltern einen Nutzen haben. Kritik wird an diesem Ansatz insofern geübt, als er die „Komplexität der familialen Prozesse“ nicht vollständig erfasst – hier bedarf es dann doch eines interdisziplinären Ansatzes mit Unterstützung der benachbarten Sozialwissenschaften.

Dazu gehört unter anderem auch die **Politikwissenschaft**. *Patrick Ehnis* stellt in seinem Aufsatz zunächst einmal fest, dass es schwierig ist, eine spezifische politikwissenschaftliche Perspektive auf Familie einzunehmen, weil es schlichtweg keine zentrale fachliche Auseinandersetzung im Fach mit dem Thema Familie gegeben hat. Eine intensive Beschäftigung mit Familie lässt sich allenfalls in Policy-Analysen der Familienpolitik, der Genderforschung sowie der Forschung im Rahmen der „Verwissenschaftlichung staatlichen Handelns“ nachweisen.

Dazu wird etwa die begleitende Forschung zum konkreten politischen Regierungshandeln gezählt (z. B. die Politikberatung). Alles in allem lässt sich eine tradierte politikwissenschaftliche Perspektive auf Familie wie im Falle der Familiensoziologie bisher kaum erkennen.

Dagegen ist Familie sehr wohl ein Gegenstand in der **rechtswissenschaftlichen Disziplin**, wie *Friederike Wapler* anmerkt. Allerdings tritt sie hier nicht als gesellschaftliche Gegebenheit in Erscheinung, sondern in ihrer rechtlichen Regulierung, also dem Recht, „das familiäre Beziehungen betrifft“. Dieser hohe Stellenwert des Rechts in Bezug auf Familie rechtfertigt die Forderung, dass eine umfassende Familienwissenschaft auch die rechtliche Regelung von Familie miteinbezieht. Denn das Recht wird als „machtvolles Instrument“ gesehen, dass familiäre Lebensweisen konstituiert und steuert. Damit unterliegt das Rechtswesen angesichts der Pluralisierung der Lebensformen selbst einem dauerhaften Anpassungsprozess an sich verändernde Lebenswelten und sollte daher selbst auch Gegenstand familienwissenschaftlicher Forschung sein.

Wie wirkt sich Familie auf die Gesundheit oder das Kranksein ihrer Mitglieder aus? *Vera Kalitzkus* und *Stefan Wilm* stellen zur Beantwortung dieser Frage medizinische Erklärungsmodelle für diese komplexen Zusammenhänge vor und weisen darauf hin, dass die jeweiligen medizinischen Fachdisziplinen der Familie unterschiedlich starke Beachtung schenken. Auch wenn die Familie in der **Familienmedizin** im Zentrum steht, wird deutlich, dass auch in diesem Bereich die wissenschaftliche Behandlung von Familie nur im Zusammenspiel verschiedener (auch nicht-medizinischer Fächer) erforderlich ist.

Begriffsbestimmungen im Hinblick auf eine Familienwissenschaft

Im letzten Teil des Bandes werden in vier Beiträgen zentrale **Grundbegriffe der Familienwissenschaft** vorgestellt. Dazu gehören „Familie“, „Gender“, „Kindheit“ und „Alter“. Zunächst widmen sich *Astrid Wonneberger* und *Sabina Stelzig-Willutzki* dem Begriff „Familie“. Dabei geht es ihnen nicht um eine allumfassende Definition, sondern um die Problematisierung einer klaren Begrifflichkeit dessen, was Familie ist. Aus ihrer Sicht ist eine eindeutige Definition des Begriffes letztlich unmöglich. Allerdings benennen sie einige Komponenten, die Familie von anderen ähnlichen Begriffen wie Verwandtschaft, Ehe oder Freundschaft abgrenzen – auch um eine wis-



senschaftliche Beliebigkeit des Terminus Familie zu verhindern.

Im Zusammenhang mit Familie muss auch der Begriff „Gender“ erwähnt werden, denn beide sind untrennbar miteinander verbunden, betonen *Johanna Possinger* und *Dagmar Müller*: „Was unter Familie verstanden wird, hat immer eine geschlechtliche Dimension.“ So (re)produziert Familie zum einen Geschlechterungleichheiten, zum andern verheißt sie aber auch egalitäre Verbundenheit. Somit gibt der Einbezug von Gender (hier verstanden als soziales Konstrukt und gesellschaftliches Ordnungsprinzip und weniger als Prinzip der Geschlechterzuordnung) in die Familienwissenschaft neue Impulse beim Blick auf die Familie und familiäre Beziehungen.

Zur Familie gehört auf jeden Fall auch der Lebensabschnitt „Kindheit“: *Dagmar Bergs-Winkels* und *Daniela Ulber* nähern sich dieser Phase aus unterschiedlichen Blickwinkeln: einer biologischen, psychologischen, sozialen und historischen Perspektive. Aus ihren Analysen wird deutlich, dass die Lebensphase Kindheit in der Forschung an Bedeutung gewinnt und dabei vor allem eine interdisziplinäre Betrachtung wesentliche Beiträge liefern kann. Daraus ergibt sich die Erkenntnis, Kindheit nicht eindimensional zu betrachten, sondern zu ihrer Erforschung aus unterschiedlichen Perspektiven zu schöpfen.

Zu den universellen Lebensabschnitten inmitten des Familienzyklus gehört neben der Kindheit noch das Alter. Dazu untersuchen *Anna Richter* und *Kirsten Aner* den Begriff Alter aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven, die heterogen und zum Teil widersprüchlich sind.

Die theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde machen deutlich, dass es für die Lebensphase Alter weder nützlich noch praktikabel ist, die einzige entscheidende Definition zu finden. Das, was unter Alter(n) verstanden wird, war schon immer im Wandel begriffen und sozial konstruiert. Damit wird Alter(n) in jeder Wissenschaft und Sub-Disziplin anders definiert und die Definitionen selbst unterliegen ebenfalls wieder Veränderungen – je nach Wissenschaftsdisziplin.

Fazit: Der Gegenstand Familie bleibt vielfältig und komplex – und die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr auch

Angesichts der Vielfalt an vorgestellten theoretischen Ansätzen, Begriffen und disziplinären Ausrichtungen lautet das anspruchsvolle Ziel des Bandes, zur Etablierung der neuen Disziplin Familienwissenschaft einen weiteren Baustein beizutragen. Unzweideutig wird allerdings auch klar, dass jede hier präsentierte Disziplin und Forschungsrichtung einen Anspruch auf angemessene Teilhabe an einem Fach Familienwissenschaft einfordern wird. Teilweise wird dies nur implizit, aber manchmal auch ganz deutlich so formuliert. Die große Kunst bei der Etablierung einer Familienwissenschaft in Deutschland dürfte daher darin liegen, die Vielfalt der Ansätze unter einem Dach zur Zufriedenheit Aller zu vereinen. Dass dies nicht einfach werden dürfte, belegt das Beispiel der Etablierung der Disziplin Family Science in den USA.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 6/2017 – 38. Jahrgang

Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620178

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2017 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.